

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werksäigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgepaltenen Notizen oder deren Raum 35 Pg. Verjanings-, Werbe- und Wohnungsanzeigen 25 Pg., ausdrückliche Anzeigen 45 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gebräte später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2.

Donnerstag, den 3. Januar 1918.

25. Jahrg.

„Vorwärts“ ruft die Trommel.

Noch ehe das alte Jahr zu Ende ging, wäre der letzte Alddeutsche beinahe vor Schreck gestorben. Über er erholt sich gerade noch so weit, daß er sein Elend in die „Deutsche Zeitung“ auslösen konnte. Brest-Litowsk ist ihm ein neues Friedensangebot an die Entente in Scheidemann-Gräberscher Reinkultur, der Hungersfrie der Hungersfriedensmehrheit in Person. Nach einem Verzichtsfeind ist der wirtschaftliche Zusammenbruch so gut wie sicher! Die blutige Ernte des Bürgerkrieges mag dann beginnen! Wie weiland Jeremias auf den Trümmern Jerusalems flagt es der alddeutsche Mann, der den Frieden fürchtet und sonst nichts in der Welt.

Und so ist denn diesem Alddeutschen auch bereits das Gespenst der Revolution lebhaftig erschienen, nicht wie dem vierten Friedrich Wilhelm beim Lesen seines Bibelbuches oder im Champagnerschamme, sondern in ganz gemeiner Druckschrift an der Anschlagsstange. Eine einfache Abonnementseinladung für die sozialdemokratische Presse hat es ihm angezeigt, ihr Bild macht ihn zittern.

„Ein wilder Geselle in verwahrlostem Anzuge stürmt die Straße entlang. Wild schlagen die Fäuste im Wirbel auf die in rote Blut getauchte Trommel. Wild fliegen die Haare. Wild droht der geöffnete Mund. Das wilde Antlitz aber trägt unverkennbar die sympathischen Züge des Führers der Hungersfriedensmehrheit. „Vorwärts“ steht in großen Lettern quer über dem Bilde. „Vorwärts“ ruft die Trommel. „Vorwärts“ der Trommler. Wen ruft er? Wohin gehts? Gegen wen?“

So heute der geängstigte Alddeutsche, fräß noch rasch das englische Weltreich mit Stumpf und Stiel und vertröm sich dann vor dem wilden Jüngling des Plakats in ein Mauseloch.

Wem gilt der Ruf „Vorwärts“? Dem deutschen Volke! Der ganzen großen Volksmasse! Den Arbeitern als dem Kern und der stärksten Triebkraft des Freiheitsheeres vor allem. Dem großen Heere der Angestellten privater und öffentlicher Unternehmungen sodann; ihr bestbesetztes Gehalt ist durch die Kriegswirtschaftsentwicklung katastrophal entwertet worden, sie sind in Einkommenshöhe vielfach sogar unter das Lohnproletariat gesunken. Not hat sie denken gelehrt und sie haben erkannt, daß sie das gleiche Interesse wie die Arbeiter haben, die Herrschaft des Besitzes zu überwinden und die Selbstherrschaft der Menschen an ihre Stelle zu setzen. Aber über die Kreise der Arbeiter und Angestellten hinaus ruft unser Heldgescheit alle denenden und fühlenden Menschen, die in Kriegsnord und Kriegswüste schaudern und erkannt haben, wohin die gegenwärtige Wirtschaftsordnung uns gebracht hat, die Abscheu empfinden vor den finstern Gewalten, welche Profitgier und Machtgier in der Welt entfesselt haben. Sie alle rufen wir, mit uns vorwärts zu schreiten zu neueren gesündeteren Wirtschafts- und Lebensformen.

Wohin gehts? Zum Frieden in erster Reihe! Zu einem Frieden der Gerechtigkeit, der darauf verzichtet, ganze Völker wider ihren Willen politisch oder wirtschaftlich zu verschonen. Es wäre schlimm genug für Deutschland, wenn es nur durch diese Unterbrechung und Ausbeutung anderer Völker leben könnte. Aber wenn das deutsche Volk die Parasiten beseitigt, die schmarotzend an ihm zehren, dann kann es sehr wohl vom Ertrag der eigenen Arbeit leben, ohne Verelendung und ohne Hunger, ohne Raub an fremdem Arbeitsertrag. Deshalb geht es über den Frieden hinaus zu politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Befreiung. Das deutsche Volk will Herr im eigenen Hause werden. Der Boden und die in ihm ruhenden Kräfte und Schätze, wie die Werkstätten und Fabriken, in denen sie verarbeitet werden — alles was das deutsche Volk mit seinem Blute verteidigt und vor Vernichtung bewahrt hat — soll der Gesamtheit gehören und nicht ausschließlich dem Willen und dem Nutzen einzelner Besitzer dienen. Mag man die Vorstellung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten auf welche Eigenschaften immer zurückführen, auf höhere Intelligenz, größere Kraft, krupelloser Gewissen oder alles dreis zugleich — in jedem Falle sollen sie nicht mehr Selbstherrscher über das Gros des Volkes, sondern Diener der Gesamtheit sein.

Gegen wen unser Kampf sich richtet, ist danach klar. Es geht gegen die Nutznießer und die denksaulen Gewohnheitsanbeter wirtschaftlich, geistig und moralisch überwundener Zustände. Es geht gegen jungerliche und kapitalistische Gesinnung der Ausbeutung und Mischnutzung der breiten Massen. Es geht gegen die Feinde, die das deutsche Volk nicht frei im unverkürzten Ertrag seiner Arbeit leben lassen wollen. Darum helfen wir bei der Landesverteidigung mit. Es geht aber gleichzeitig, und wenn der äußere Feind abgewehrt ist, vor allem gegen die, welche vom deutschen Nationalstaat die Massen möglichst ausschließen und sich selbst unverhältnismäßig große Stüde nehmen möchten.

So gilt unser Kampf im neuen Jahre wie im alten der Erziehung des Friedens und der Freiheit, dem Schutz und der Unabhängigkeit und der Überwindung jeder Art der Ausbeutung. Dafür soll die Trommel die Schläfer wecken, die Säumigen mitziehen. Mit

Jugendkraft Reveille zu trommeln hat uns schon Heinrich Heine gelehrt, ist der Sinn unserer ganzen Wissenschaft. Mit Genugtuung, mit Entzücken nehmen wir das Wahrzeichen an, das den letzten Alddeutschen in Angstkrämpfe versetzen läßt: „Vorwärts!“ ruft die Trommel, „Vorwärts!“ der Trommler, „Vorwärts“ steht in großen Lettern quer über dem Bilde von 1918.

Die Friedensverhandlungen.

Ausschaltung des Reichstages?

Nach einer Berliner Meldung hat sich bei den internationalen Besprechungen die Mehrheit der beteiligten Parteien gegen die Anträge unserer Genossen ausgesprochen, den Reichstag umgehend einzuberufen. Die definitive Entscheidung dürfte erst heute in der Sitzung des Seniorendvents fallen. Es bedarf wohl nicht erst einer besonderen Begründung dafür, daß wir den schärfsten Protest gegen die Ausschaltung des Reichstages bei einer der wichtigsten Fragen, die das deutsche Volk je berührt hat, erheben müssen. Die Regierung selbst müßte darauf dringen, daß in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes auch seine Vertretung gehört wird. Wir leben doch wohl in einem konstitutionellen Staatswesen? Deshalb sollte man alles verhindern, was den gegenteiligen Anschein erwecken könnte.

Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Unter dem Vorsitz des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. v. Dandl fand Mittwoch vormittag im Reichskanzlerhause eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zur Besprechung der politischen Lage statt.

Die Streitpunkte.

Aus Berlin wird berichtet: Wie verlautet, soll über eine Reihe von Fragen, die in Brest-Litowsk zur Verhandlung stehen, eine Vereinstimmung mit den russischen Wünschen erzielt werden, wenn freilich andererseits auch nicht zu leugnen ist, daß über einige wichtige Gegenstände die Besprechungen mit Russland noch werden fortgesetzt werden müssen, ehe über die völlige Einigkeit erreicht ist. Zu diesen letzteren gehört vor allem auch die Frage über das Repräsentant in den von uns besetzten Gebieten sowie die noch völlig ungeklärte Frage, wie das von Russland proklamierte Selbstbestimmungsrecht in den von uns besetzten Gebieten Livlands und Estlands ausgeübt werden soll.

Eine ukrainische Deputation in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 2. Januar. In Brest-Litowsk ist die ukrainische Deputation eingetroffen, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Deutsch-russischer Wirtschaftsausschuß.

WTB. Petersburg, 2. Januar. In der ersten Sitzung des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses wurde bestimmt, fürs erste über die Einrichtung von Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zu verhandeln. Für diese drei Gegenstände wurden Unterausschüsse gebildet.

Die Antwort der Alliierten.

Die „Times“ vernimmt aus Washington, zwischen London, Paris und Washington würden über die Form der Antwort auf die österreichisch-deutschen Bedingungen, wenn diese durch die Bolschewiken den Alliierten vorgelegt werden sollten, Gedanken ausgetauscht. Es sei noch nicht bestimmt, ob Wilson, Lloyd George und Clemenceau antworten werden. Wenn aber eine Antwort gegeben werde, werde sie mit den früheren Auslassungen Wilsons übereinstimmen und einen Aufruf an die feindlichen Völker über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg enthalten.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

Berlin, 2. Januar, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 2. Januar. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiet des Monte Tomba und an der unteren Piane entwickelten sich zeitweise Artilleriekämpfe. Am 26. Dezember früh wurde unsere Besatzung aus der Raumstellung bei Zenson ohne Verluste auf das östliche Plateau über zurückgenommen. Der Gegner, der diese Räumung erst am 31. Dezember bemerkte, hielt bis zu diesem Tage die verlassenen Stellungen fortgehalt unter Artillerie- und Minenwerfersalven.

Rußland.

Die Machtstellung der russischen Regierung.

Ranome, der Mitarbeiter der „Daily News“, ist nach Petersburg zurückgekehrt. Er berichtet, jetzt habe er bemerkt, daß die in der englischen Presse erscheinenden Nachrichten über Kurzfrist auf unwilliger Verdrehung durch die Oppositionsbürokratie begründet sei. Zum erstenmal seit der Revolution sei die Regierung in Rußland auf einer wirklichen Macht geprägt. Das Volk liebt vielleicht die Bolschewiki nicht, aber es gehorcht ihnen mit erstaunlicher Bereitwilligkeit. Die gegenwärtige Regierung aus Arbeitern sei außergewöhnlich kraftig und entschlossen. Die Regierung werde in der Konstituante, weil die Hälfte der Sozialrevolutionäre sie stützen werde, die Mehrheit hinter sich haben, und werde jeden Versuch, sie mit Gewalt zu stürzen, unterdrücken.

Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung.

Nach Stockholm Meldungen des „Maien“ werden die Wahlen zur russischen Konstituante vorzeitig folgendes endgültige Ergebnis haben: 185 Marxistinnen, 40 revolutionäre Marxistinnen der Linken, 75 ukrainische revolutionäre Sozialisten, 375 revolutionäre Sozialisten, 25 Sozialdemokraten, 50 Muselmänner, 20 Juden und Vertreter anderer kleiner Völker, 25 Kosaken, 10 Grundbesitzer der Rechten und 24 Kadetten.

Die Beilegung des Zwistes mit der Ukraine.

(Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach Mitteilungen der Abordnung, die von Kiew zurückkommt, um den Zwist zwischen der Macht der Sowjets und der Rada freundlichlich beigelegt, wird die Machtübertragung festgestellt, daß der Zwist freundschaftlich beigelegt wird unter dem Gesichtspunkte der Einrichtung einer neuen Rada der Sowjets, wobei ihr Einflusskreis sehr erweitert wird. Die Zentralräte beabsichtigt, das Ultimatum des Rates der Volkskommissare zu erfüllen, vorausgesetzt, daß die Ukraine mit Geld versorgt wird. Wie die Abgesandten sagen, wird die Ukraine die Reiterei nach Großrussland nicht sperren.

Finnlands Trennung von Russland.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In seiner Antwort auf das Erleben der finnändischen Republik bringt der Rat der Volkskommissare in voller Übereinstimmung mit dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptausschuß folgendes Vorschlag: 1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnändischen Republik. 2. In Übereinstimmung mit der finnändischen Regierung Einsetzung eines Sonderausschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finnlands von Russland ergeben.

Eine Verhaftung in Petersburg.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Awkjenow, einer der Organisatoren der Sankt Peterburg, der sich in Petersburg verborgen hielt, wurde in einer Privathaus verhaftet.

England.

Das Friedensprogramm der englischen Arbeiter.

Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete bewohnten, die dreieinviertel Millionen Arbeiter vertraten, wurde zunächst das von Reuter mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen. Danach verlas Henderson eine lange Sprache, worin er der sozialistischen Kundgebung vom 14. Dezember gebliebene, die es ablehnt, zuzulassen, daß dieser Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskrieg werde, und dann auf die in der erörternden Kriegsgrundbedingung niedergelegte Friedenspolitik der britischen Arbeiterschaft im einzelnen einging. Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden. Keine Befriedigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt vollständige Dis-

Kreditierung des angegriffenen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze. Geheimdiplomatie, Militärdienstpflicht und Profitmache aus der Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unzulässig sein. Eine unumgängliche Voraussetzung des Planes der Völkerliga sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt, zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tun, um die Feindseligkeiten abzufüllen. Der Redner wies auf die Behauptung Carsons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Österreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, einen Frieden zu schließen. Er fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Russland. Stattdessen betrieb sie die Einnahme Jerusalems. Obwohl nach der Erklärung Carsons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, dehne England seine Fronten in diesem Lande aus. Es könne nicht wundernehmen, daß man England in den neutralen Ländern, in Russland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionistischer Ziels verächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Sicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrhaften gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft bestrebe daran, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unabdingbares Mindestmaß gebe, das es einnehmen müsse. Unerstet würden die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundzüge und Ideale und nicht um Gebiete fortwähre. Die Arbeiterschaft verlange Gelegenheit, festzustellen, inwieweit Deutschland bereit ist, ihr Friedensprogramm anzunehmen.

Wenn das der ehrliche Wunsch der englischen Arbeiter ist, brauchen sie nur zu verlangen, daß ihre Regierung den Verhandlungsvorschlag annimmt. Sie würden dann aber wohl auch die Erfahrung machen, daß der Kampf eines neuen gegen das alte Regierungssystem in England ebenso notwendig ist wie in Deutschland.

Der Balkanfriede.

Rumäniens König möchte weiter kämpfen.

Noch vorletzte Blättern hat der rumänische König eine Thronrede gehalten, zu der sie bemerkten: „Sie liegt fein Wort vom Waffenstillstand; dies beweist, daß sich die Regierung weigert, ihn gutzuheissen. Die Thronrede teilt mit, Rumänien sei nicht geeignet, die Befreiungen einzugehen, die es zum Eintritt in den Krieg bewogen habe. Das ist nicht die Sprache der Erziehung, sondern die der vertraulichen Kraft und des Willens. Die Rumänen sind also der Ansicht, daß sie es in der Hand haben, den Krieg an der Seite der Alliierten fortzuführen, bis zu einem glücklichen Abschluß. Sie stellen ja eine bedeutende unverlässige Kraft dar, mit der gerechnet werden muß.“

Die Rumänen in ihrer großen Mehrzahl wollen ebenfalls nicht die Fortsetzung des Krieges; sie würden ebenso wie die Russen ein schlemiges Ende des Krieges. Wenn der rumänische König wirklich weiter kämpfen will, dann mag er es auf eigene Faust beschließen; dann niemand wird ihn daran hindern.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Über Japans Sieg

Lassen die widerstreitenden Meldungen von Japans ersten militärischen Erfolgen zuerst erwähnen. Durch das „General Tageblatt“ aus Tokio, daß die japanische Regierung beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen zur neuen russischen Regierung im vorher Umtaage wieder aufzunehmen. Wenn diese Nachricht die von den Engländern angeblich bisher unterschoben wurde, gäbe es, dann hätte auch nicht an handelspolitisches Einvernehmen der Entente zu denken gewesen.

Die Kämpfe im Dezember.

Im Dezember machten wir über 44000 Soldaten, erzielten 243 Gefallene, 931 Wundeten, 85 Minister erlernt und eroberten 164 Quadratkilometer Boden in Europa. Der Bericht des Verteidigungs am 30. Dezember bei Comptoir für in diese Zahlen nicht eingerechnet.

Zusammengefaßt betragen sie bei unseren Feinden wie folgt: 1027 Gefallene, 2 Gefangene und 28 Wundeten pro Woche. Ein Extrem kein Erfolgsgewinn.

Es gibt hieden jetzt genug für alle Westmächte.

Die aus Mangel an Schiffszimmern erreichenden österreichischen Flotten steht so, daß sie in Italien, Griechenland, Rumänien und Südarmenien gewisse Vorhabe zu führen. Ganz Reis, Tiefes und See angewandt haben, die weitgehend auf Seefahrt wartet und reisenden, erachtet ist aus Dalmatien (Dalmatianische Küste) an die französische Flotte die strategische Aufstellung, welche die türkische Flotte zur Sicherheit des zentralen Teiles der 70 000 Meilen Seestrecke zwischen Italien, Griechenland, Rumänien, Serbien und Griechenland der Krieg 1916 zur Erfüllung zu haben. Die für die zukünftige Regierung aufgestellte ausgedehnte auslaufende Seite 1917 von etwa 500 000 Tonnen kann wohl nicht folgen. Sie mußte im Januar zurückkehren und wäre dort verdeckt.

Personen und die Mittelmächte.

Der Chefredakteur der „Wienner Volkszeitung“ schreibt mit dem verlorenen Gefechten in Wien, weiter ihm erklärte, daß Berlin die größten Schwierigkeiten für die Mittelmächte habe, und diesen Spannungen unterdrückt. Dieser gesetzte habe, da die Sowjeten wahrscheinlich in mehreren Teilen drohend waren, die Sowjeten nicht mehr zu verhindern. Der Sowjeten rückte einen ausgedehnten Raum an die Mittelmächte, für möglich schien, daß Sowjeten zu Berlin ausgezogen und insbesondere die wichtigste Infiltration zwischen beiden Parteien mit den strategischen Vorräten und Bedrohungen.

Zeiten der schwierigen politischen Stellung zu die russischen Sozialisten.

Es ist bezeichnend für den Standpunkt der russischen Sozialisten, daß sie mit ihrer Bewegung und die Bevölkerung zu Bruch schmetten. Selbst beide zu verlieren, daß der Friede abgewonnen wird, dieser ist jetzt gar zu stark, um die demokratischen Verhandlungen zu führen und zu verhindern. Die „Rheinzeitung“ der 19. Dezember berichtet einerseits einer herstellenden Zeit der politischen Verhandlungen und andererseits die Krieger. Der Krieger ist kommt, um den Sowjeten der Arbeit zu verhindern, was von den demokratischen



zeichnet. Nur die drei Zimmetmaister: Blenc, Brizon und Raffin Dragen fehlen. Der Antrag hat folgenden Inhalt:

„Genosse! Es ist nicht nötig, Euch an die Werte der Sozialerziehung und der Hoffnung zu erinnern, mit denen die Sozialisten Frankreichs von der ersten Stunde an die russische Revolution begrüßt haben. Gedenkt haben wir in unserem Parlament wie in unseren Kongressen nicht ausgeholt, unsere Vereinbarung mit den vom neuen Russland niedergelegten Formeln eines gerechten Friedens fundzugeben. Zu unserer tiefsen Überzeugung müssen wir heute leben, wie einige von Euch es zu Unterhandlungen einlassen, die von unschenken führen können. Ein beratlicher Ausschuß würde den Mittelmächten nicht nur gefallen, einer militärischen Triumph vorzubereiten oder vorzusegnen und die Friedensbedingungen zu bittieren, sondern er würde auch dazu dienen, die Kräfte aller Freunde der Demokratie zu fördern, indem er ihnen gefallen würde, die russische Revolution als ein Beispiel der Desorganisation und Demoralisation anzusehen. Wir wissen wohl, wie ungerecht gewisse Urteile sind, die über die russische Revolution gefällt werden. Diesejenigen, die sie töten, vergehen jedoch, bez. die zartliche Regierung für die Verbündete verantwortlich ist...“

Wir aber verzögern das nicht. Wir würdigen auch die Verbündeten, die gegen andere Verbündete in der Vergangenheit gerichtet werden, weil diese unsere ehemalige Politik an die Seite des Bösen und einer Flüchtigkeit gesetzt haben. Wir verzögern auch nicht die Feinde, die von unseren Regierungen in letzter Zeit begangen wurden, indem sie uns die Mittel verschaffen, um in Stockholm zu treffen. Wir glauben noch immer an den Kursen, ja an die Notwendigkeit einer beratenden Konferenz...“

Aber was sind all diese Fehler im Vergleich mit denjenigen, die wir aus einem Sonderfrieden ergeben würden? Wie läßt es die russisch-tschechischen Demokratien, deren lange historische Anstrengungen das russische Volk nicht verwirklicht hat, auf, wenn diese Unterhandlungen soviel am sozialistischen Ziel nicht eingelöst hat? — wie kann

die große österreichische Demokratie, deren idealistische Kraft von uns nicht geschätzt kann, — wie können diese Nationen nicht bedauern müssen durch die Schwäche und durch den Abfall ihres großen sozialistischen Verbündeten? Wie können sie es verstehen, daß auf einer verstärkten Kampf energisch vorzuherrschen, wenn es die politische, militärische und wirtschaftliche Vorbereitung derjenigen nicht bereit ist zu leben, die im gegenwärtigen die Katastrophen herausbeschworen haben?“

Der Krieg hat seine eigene Kreativität. Der Sowjet erwiderte, als sie ihren Willen zu einem allgemeinen Frieden fundgehabt und erklärten: Wir verlangen von Deutschland, daß es keine Kriegsziele verfolge, und wir verlangen von den deutschen Sozialisten,

daß sie unter dem Sozialstaat folgen und Resolution machen, die Sowjeten haben weder das eine noch das andere erhalten. Und dennoch wird der Friede gerecht und dauerhaft sein. Er kann es aber nicht geben, außer durch den demokratischen Willen der Völker. Ein Sonderfriede kann das nicht erreichen. Schließt die russische Revolution von mir, so wird sie keinen Gewinn den Völkern geben, zu erkennen, daß der russische Sozialismus seine eigenen Interessen verfolgt und die sozialistischen und proletarischen kleinen Nationen ihrem Sowjet überlassen hat. Das wäre ein moralisches Unglück, denn es kann den internationalen Sozialismus überall und immer zu neuen Kriegen veranlassen.“

Die russischen Sozialisten fordern die Befreiungsfreiheit nicht einzuhören. Ihre Aufgabe ist es die, daß England aus dem Krieg aussteigt, um dem Frieden zu verhindern, die Sowjeten zu verhindern, daß die Spaltung unter ihnen erhöht wird. Sowjet, die ihre Kooperationsarbeit leisten, will in Frankreich leiden unter den Mittelmächten und den sozialistischen Supermächten des russischen Sozialismus; sie bringen das in die Gewalt der Mittelmächte der Frieden unter der ganzen Welt leiden würde. Aufgrund eines Experten in Russland als wichtig eine jede Regierung bestimmen, die der das neue Leben einführen soll.

Wir die sozialistische Regierung kann das leichter tun, als es allein kann das Kampf bestreiten, die nicht die Sowjeten unter, aber kleine Sowjeten für die Zukunft gegen. Nur die sozialen Kräfte errichten, das ist eine Re-

gierung des Volkes und für das Volk ist. Nur sie allein würde den übrigen Nationen der Welt die Sicherheit geben, daß Russland seine Verpflichtungen erfüllen würde. Indem es den Sonderfrieden befehligen wird, kann das revolutionäre Russland seine Ehre aufrecht erhalten und es ablehnen, die Demokratien dem deutschen Imperialismus auszuliefern.

Auch wir französischen Sozialisten, die an Euch diese freundlichen Erklärungen richten, zögern nicht. Euch zu sagen, daß wir den ganzen Umsatz unserer Pflichten lassen. Die französischen Sozialisten werden nichts tun, was den Widerstand der Armee und des Volkes Frankreichs schwächen könnte. Aber wir werden von den verbündeten Regierungen verlangen, offen zu erklären, daß sie nur Krieg führen, weil sie angegriffen wurden und daß sie vom Frieden nur die Erlangung ihres Rechts erwarten.“

Die sozialistische Parlamentsfraktion.

Albert Thomas, Alby, Aubriot, Aurot, Barabant, Barthé, Basly, Baudouin, Bernard, Betouille, J. Ben, Bouisson, Bourvet, Braque, Bras, Brenier, Breton, Brunet, Buisset, Cabrol, Cadin, Cadey, Dejante, Dolzy, Doubled, Dumoulin, Durre, Dumas, Fourment, Giray, Geniau, Goude, Grasquier, Guésde, Hubert-Rouger, Jobert, Lafont, de La-Vorte, Lanche, Laurent, Laval, Lebeau, Leconte, Lefèvre, Lévaillant, Lissas, Locquin, Longuet, Manus, Mauger, Mazaras, Merlin, Mistral, Morin, Mouhot, Nadi, Navarre, Nectoux, Parrot, Philibert, Parrot, Pouzet, Pressemore, Ellen, Prevost, Reboul, Renaudel, Ringuier, Rognon, Rozier, Sabine, Saubier, Semat, Sixte-Quenin, Thirier, Valette, Vallere, Varenne, Weber, Vigne, Vollin, Voslot, Walter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine neue Firma.

Die Annexionsisten treten bekanntlich unter den verschiedensten Firmen auf, um damit eine Macht vorzutäuschen, die gar nicht hinter ihnen steht. Die neueste Firma lautet: „Freier Ausdruck für einen Arbeitersieden“, der sich anmaßt, im Namen von 300 000 Arbeitern zu sprechen, die offenbar zum weitaus größten Teil ihren Wohnsitz auf dem Mond haben. Diese sogenannten Dreihunderttausend halten es für notwendig, ihrer Errichtung über den Verzicht auf einen deutschen Sieg Ausdruck zu geben mit dem Hinzufügen:

„Deutschland hört damit auf, eine Weltmacht zu sein, Deutschlands Wirtschaftsleben wird zugrunde gehen. Deutschlands Arbeiterschaft wird auswandern müssen, um Brot und Verdienst zu finden, oder aber sie muß in Not und Elend verkümmern.“

Selbst in die Granattrichter zu steigen, um dort unter Einsetzung des Lebens ihr Ziel kämpfend zu erreichen, das füllt den „Dreihunderttausend“ natürlich nicht ein.

Wieder ein Mahnrat an die Landwirte.

Der Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft, in Verbindung mit etlichen anderen agrarischen Organisationen, richtet wieder einmal einen Mahnrat an die Landwirte, in dem es heißt:

„Es gilt jetzt, das letzte herzugeben, was der Landwirt irgendwie entbehren kann. Um den letzten entscheidenden Schlag mit allem Nachdruck ohne Erfüllung durchzuführen, müssen Menschen und Tiere ungeschwadzt in den Endkampf treten können. Wir richten deshalb an alle deutschen Landwirte die herzliche Bitte, das Vaterland nicht im Stich zu lassen. Jeder Rentner Hafer, jeder Rentner Brotschorn, jedes Pfund Butter, jedes Pfund Fett und jedes Liter Milch, die der Landwirt mehr als bisher abgibt, helfen zum Siege.“

Die Erfahrung hat leider gelehrt, daß nur recht hohe Preise, nicht aber solche Mahnungen zum Ziele führen.

Der aldeutsche Fleischerhund.

In der Methode persönlicher Bekämpfung der Versunglimpfung ihnen unbequemer Persönlichkeiten sind die Süddeutschen Meister. Richtet sich ihr ganzer Kampf doch nicht gegen prinzipielle Einrichtungen unseres Staatslebens, sondern immer gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen einen „Schlappen“ Minister, einen pazifistischen Hofmann und dergleichen. Zu denen, die sie jetzt mit besonderem Hass verfolgen, gehört in erster Linie auch der österreichische Graf Czernin. Ein kleines Muster dafür, wie in aldeutschen Blättern der Kampf gegen ihn geführt wird. In der „Deutschen Zeitung“ erzählt ein sicherer Graf:

„Ich erinnne mich, daß ich den Grafen Czernin vor mehreren Jahren sah. Er sah müde auf der Bank eines Parks und sah mit mattem Auge vor sich hin. Plötzlich sprang hellend ein Fleischerhund an ihm vorbei — da fuhr der traut Scheinende in sich zusammen und streckte mit angstvollem Blick seine Hand aus — eine schwache, weiße, blaugediente Hand.“

Diese Hand versteht nicht zu padden. Sie kann mit einem Schnappschuß tandeln und das Gewicht einer Zigarette ertragen. Über

Dieser tschechisch-slawische Graf will in die Zügel treten, die einen Bismarck gewünscht?

Die Geschichte von dem Fleischerhund ist natürlich wahr, wir enthalten die Darstellung. Gibt einen kleinen Greif. Es war kein Fleischerhund, der auf den Grafen Czernin sprang, sondern jener wilde wortlose Alldeutelste, der in der bekannten anonymen Broschüre auch gedroht hatte, man müsse „Bethmann an die Kehle springen“. Die abwehrende Bewegung des Grafen Czernin hat Graf gleichfalls mißverstanden. In Wirklichkeit hält sich der Graf die Hände zu.

Ein Kommandoverband mit Fleischhabschluß.

Das Siegen wird gekrönt: In einer glücklichen Lage im der Kommandoverband Gießen und seine Bewohner. Der Kommandoverband löst nämlich aus dem aus den Haushaltungen fallenden Fleischfleischteil Dauerware und zwar Fleischfleisch, Fleischfleisch und Dörrfleisch herstellen und an die Verdauung ausgedehnen. Der Preis ist trotz reicher Zutaten so niedrig gehalten, daß auch dem Teil der Bevölkerung, der nicht arbeitet, die Möglichkeit geboten ist, sich gegen Antechnung am Fleischfleisch mit Dauerware zu versorgen. Es sollen als Hauptmenü abgezogen werden an Familien bis drei Kopie je Pfund, bei größeren Familien 52 Pfund.

Der Übergang zu Kriegsgelegenheiten.

In einem öffentlichen Vortrag, den Hauptz., ... der Betriebsleiter der Kriegsstadt in Frankfurt a. M., über die Wirkung der Kriegsgelegenheit in Handel und Gewerbe hält, heißt der Redner ja, daß es im Reich nicht weniger als 48 000 Kriegs-

gefeue und 33 000 bündesstaatliche Verfügungen gibt, die sich auf 6000 bis 7000 Kriegsnotgesetze ausdehnen. — Also Verfügungen die schwere Menge. Der zehnte Teil, der aber auch sehr angewendet und durchgeführt, fäte es auf und — beliebt! Denn trotz der vielen Gesetze und Verordnungen wird dem Schleichhandel nicht ernsthaft zu Leibe gegangen, wie folgendes beweist: Am 26. Oktober wollte eine Frau in einem Eisenwarengeschäft zu Bonn eine Wurstmaschine kaufen. Die Händlerin erklärte der Kauflustigen eine Wurstmaschine würde nur abgegeben, wenn Fett oder Butter gebracht werde. Die Kundin zeigte die Sache der Polizei an und erhielt schon am 28. Dezember, also nach zwei Monaten, folgenden Bescheid des ersten Staatsanwalts:

6. 1. 357172. „Das Verfahren wird eingestellt. Die Belagerung, Waren abzugeben, ist nur dann strafbar, wenn die Ware in ein Preisverzeichnis aufzunehmen ist. (§ 5 Abs. 2 und 3 und § 18 der Verordnungen des Landrats vom 25. September 1915. — R. J. Bl. S. 607). — Die Aufnahme in ein Preisverzeichnis ist aber bei Wurstmaschinen in Bonn nicht vorgesehen. § 5 Abs. 2 der Bundesratsverordnung vom 22. März 1917 spricht zwar auch von dem Zurückschalten von Ware. Vorausezung ist jedoch für die Strafverfolgung hier überflüssige Gewinnerzielung. Diese Vorausezung ist nicht gegeben, weil die Belagerung nur deshalb erfolgte, weil die Verkäuferin Fett haben wollte als Tauschmittel. Der mitgeteilte Sachverhalt enthält somit keinen strafbaren Tatbestand.“

Da Fett und Butter rationiert sind, muss doch das Verlangen, Waren dafür einzutauschen, strafbar sein. Wenn bei solcher Saftlage der Staatsanwalt veragt, ist es kein Wunder, dass der Schleichhandel nicht gesucht wird.

Zus Erbitt und den Raubgebieten.

Donnerstag, 8. Januar.

Erlahgetränke. Die meisten unserer Getränke der Friedenszeit haben neben der Aufgabe, den Durst zu löschen, bewirkt oder unbewirkt für die meisten Menschen andere Zwecke zu erfüllen. Sie sollen angenehm schmecken und meist auch anregend wirken. Noch viel seltener als Menschen, die nur essen, weil sie hunger haben, oder ihrem Körper verbrauchte Kalorien zuführen wollen, wird es Menschen geben, die nur trinken, wenn sie Durst haben. Gerade bei den Getränken wird noch viel mehr Wert auf die geschmackliche und angenehme Wirkung gelegt als beim Essen, bei dem schließlich der Nährwert eine weit wichtigere Rolle spielt. Wie steht es nun mit Erlahgetränken aus? Für den Wein scheidet die Frage nach Erlah aus, er ist in seinem Wesen vom Kriege bisher unberührt geblieben. Eingriffe in seine Natur muss er sich im Krieg ebenso viel oder wenig gefallen lassen wie im Frieden. Sehr verändert hat er sich im Preis. Es gibt heute keine teuren Weine mehr, sondern nur noch sehr teure oder unbegabhbare. Dies nach hergebrachten Begriffen gibt es überhaupt nicht mehr, aber das, was als Erlah gelobt wird, gehört nicht zu den Erlahgetränken, sondern zu den gestreckten Waren. Es ist klarer geworden, aber es wird immer noch aus Horizont und Platz hergestellt, und ist bestrebt, seinem Vorbihe nach keiner Möglichkeit in allen wesentlichen Punkten zu entsprechen. Wel schlimmer legen die Verhältnisse bei Kaffee und Tee, obwohl gerade diese Getränke der Verbrauchsmeise nach an der Spitze stehen. War doch der Jahresverbrauch an feurigem Kaffeegetränk 250 Liter pro Kopf, gegen nur 102 Liter Bier und 21,8 Liter Weinbrandwein (5,4 Liter 100 Proz. Alkohol!). Die Anwendung von Kaffee-Erzapfeln ist schon recht alt und kann auf nahezu 150 Jahre zurückdatieren. Verursacht wurde die Verwendung von Kaffee-Erzapfeln durch die Verbote der preußischen und französischen Regierung gegen den Genuss von Kohlenstoff. Dies Verbot rief die in heutiger Zeit so wichtige Industrie der Kaffee-Erzapfelseite ins Leben. Als ihr Geburtsjahr kann das Jahr 1769 genommen werden, indem zum erstenmal aus Afrika ein dem Kaffee ähnliches Getränk hergestellt wurde. Trotzdem aber schon im Frieden an Kaffee-Erlah gearbeitet wurde, kommt den so bekannten Getränken die Bezeichnung Erlah ebensoviel zu wie dem Bier, jedoch aus ganz anderen Gründen. Beim Bier ist römisches Recht, sondern alles nur gesetzlich, beim Kaffee ist eigentlich nichts erachtet. Ganzend saß der Freiburger Pharmakologe Prof. Staub: „Nicht alle Qualitäten des Vorbildes Kaffee oder Tee sind vorhanden. Glänzend getroffen sind eigentlich nur die Farbe und die Temperatur; mit dem Geschmack und Geruch steht es bedenklich, vor allem vorhanden ist die Wirkungslosigkeit, und das ist sehr bedenklich. Es fehlt dem deutschen Tee und dem Kriegstee jegliches Kräuterkraut, die wirksame Substanz der Kaffeesäfte und des Teesätes. Wenn auch die Wirkung des Koffeins für die meisten Menschen eine unbewusste war, deshalb bestand sie doch und durfte vor allem in ihrer praktischen Bedeutung nicht unterschätzt werden. Die Pharmakologie lehrt, dass das Koffein neben andern zu Heizzwecken brauchbaren Eigenschaften anregend auf das Gehirn wirkt, und zwar schon in kleinen harmlosen Mengen, es ist diejenigen Wogen, die die Menschen haben die Heizwirkung. Die experimentelle Physiologie sagt, dass unter diesen Fällen von Koffein die weckbare Geistesfähigkeit, Assoziationen, Reaktionen u. a. mit bestem Erfolge verlaufen, reizliche Er müdung behoben wird. Sollten man sagen, das Koffein unserer Morgengetränke habe eine wichtige Funktion, es war der zweitgrößte Weder und Sozialarbeiter, nach Liss der Kämpfer der Verdauungsregelmäßigkeit. Wenn diese Beweisführung nicht einleuchtet, der halte sich an die Maschinenbildung historischer Volksaufklärung. Es gibt etwa 100 Pflanzen auf der Erde, die Koffein enthalten, und alle sind die wichtigsten, ob einzigen Genussmittel ihrer glücklichen Kinder geworden. So der Kaffee dem Araber, der Tee dem Chinesen, der Mate dem Südamerikaner, die Kolanüsse dem afrikanischen Negro. Der Weltkrieg hat sie von dort aus überallhin verbreitet. Durch die Untersuchungen Emil Fischer's wissen wir nicht nur, was chemisch Koffein ist, sondern auch, wie man es künstlich machen kann. Wir sind also in der Kurzzeitverarbeitung ganz von der ausländischen Pflanze und dem feindlichen Auslande unabhängig und können uns damit ja doch nur eine Zeile kurz vorstellen. Kaffee- und Tee-Erlah das noch Wirkung und künstliche Gefüge vollwertige Genussmittel seien. Es ist wirklich unerlässlich, warum man es nicht tut. Wir haben im Kriege gelernt, die Leistungsfähigkeit jeder Maschine voll auszunutzen, aber noch nicht in gesehnen, um der in der Kriegszeit doppelt schwer arbeitenden Maschine Gehirn zu verschaffen, die Erleichterung zu verhindern, die sie auch im Frieden hatte. Koffein hat die deutsche Technik dort, wo sie sich auf Wissenschaft stützen kann, so weit schwierigere Aufgaben in der Kriegszeit gelöst. Straub reicht, das einfaßt wäre, man darf nicht die Erlahgetränk logisch von Infanterie an der Front mit dem künstlichen Koffein. Da aber Koffein nebenbei auch Medikament ist, so ist sein freier Verkauf bestreikt, es bedürfe wohl irgendwelcher bündesstaatlicher Verordnung, und unsere Verordnungsmacht ist schon recht stark überlastet. Hier ist er; die Verordnungsmacht braucht gar nicht angestrengt zu werden, denn die kindliche Verordnung erscheint sich gar nicht auf losseinhaltige Zubereitungen, sondern nur auf die reine Substanz Koffein. Wäre dem nicht so, dann hätte ja niemals eine Tasse kräftigen Kaffeesäfses ohne kräftige Verordnung verboten werden dürfen. Gelingt aber die Veredelung des Erlahgetränks, dann würde auch in Zukunft viel Geld im Inlande bleiben, das bisher für Kaffee-Ausland gewandert ist.“

Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen verbeten. Im Februar veröffentlicht das Stellv. Generalkommando IX. A. eine Bekanntmachung, wonach die Verbreitung der Kaffeesäfte „Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen“ im Heere und ihre Verwendung ins Feld verboten ist. Erfreulicherweise wird dadurch das, was die Sozialdemokratie für die Feldgrauen geleistet hat, nicht berührt. Der Früchte des Eintretens der Sozialdemokratie führen sich die Feldgrauen also weiter auszusehen, und der Kriegsanzug wird, so bemerkte unser Hamburger Bruderblatt zu-

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Un verschiedenen Stellen der Front Artillerieläufe. Nähe an der Küste wurden bei gelungener Unternehmung Gefangene gemacht. Grenzöfische Vorläufe in der Champagne, nördlich von Provesnes und nördlich von Le Mesnil scheiterten in unserem Feuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Die Bekanntmachung, auf eine aus unserer Reichslagsfraktion gestellte Anfrage antworten, ob den Feldgrauen weiter vorzuhalten werden solle, wenn sie die Verbesserung zu denken haben.

Beitragsleistung für unständig Beschäftigte. Die Arbeitgeber unständig Beschäftigter werden daran erinnert, dass nach der Sechzehnverordnung vom 29. Dezember 1915 innerhalb der ersten sechs Wochen des Jahres, mithin bis zum 11. Februar 1918 dem Sicherungsamt die Lohnsummen auszugeben sind, die im vergangenen Jahre an unständig Beschäftigte gezahlt worden sind. Die Nichtbefolgung der Vorschrift zieht die Bestrafung der Sümmigen nach sich.

Reissbrotmarken. Die kürzlich angekündigten neuen Reissbrotmarken sind noch nicht zur Ausgabe gelangt, sie sind in den ersten Wochen des neuen Jahres auch wohl kaum zu erwarten. Es kann deshalb jeder die alten Marken weiter verbrauchen oder annehmen, bis eine besondere Bekanntmachung erfolgt.

Keine Gebühren für Bezugsscheine. Die Reichsbefleidungskette erhält die Landeszentralbehörden in einem Rundschreiben auf die Vervollkommenung der örtlichen Bezugsscheinstellen mit allen Nachdruck und aller Beschränkung hinzuwirken. Zugleich wird darin mitgeteilt, dass die Reichsbefleidungskette zur finanziellen Erfüllung dieser dringlichen Vervollkommenung der Bezugsscheinstellen die Erhebung einer angemessenen Gebühr für jeden dem Verbraucher auszustellenden Bezugsschein erwogen habe. Auf das Gutachten des Beirats der Reichsbefleidungskette hin ist diese Absicht aber aus schwerwiegenden Bedenken fallen gelassen worden.

Zurücknahme der Tageslänge. Seit dem letzten Tage ist der Sonnenuntergang bereits um 6 Minuten zurückgeblieben; dagegen hat der Sonnenaufgang sich noch um 2 Minuten verspätet, so dass der Mittag der Tageslänge beim Beginn des neuen Jahres 4 Minuten beträgt. Von jetzt an tritt auch der Sonnenuntergang noch um eine Minute früher ein und am 29. Februar dieses Monats ist der Tag bereits um eine Stunde und 18 Minuten länger geworden; davon kommen 18 Minuten auf den Morgen und 60 Minuten auf den Abend.

Erhöhung der Höchstpreise für Kinderschädel. Aus Berlin wird verordnet: Die im Dezember 1916 festgelegten Höchstpreise für Kinderschädel entsprechen nicht mehr den inzwischen erheblich gewordenen Herstellungsosten. Der Kostengang erhöht daher die Hersteller-Höchstpreise um je 50 Pfennig für die ganze Kiste oder die entsprechende Packung um 25 Pfennig bei einer Verarbeitung in Schädeln und Käppen zu je 300 Stück, und die Anzahl für imprägnierte bunte und für flache Hölzer um je 20 Pfennig. Entgegen sind die Kleinkinder-Höchstpreise für ein Bad zu 10 Pfennigen um je 5 Pfennig angehoben worden. Für eine Schachtel Zuckerschädel einer überall einzufindbare Hölzer beträgt der Höchstpreis jetzt 5 Pfennig (früher 9 Pfennig für zwei Schachteln) für drei Schachteln imprägnierte bunte oder flache Hölzer 11 Pfennig (früher für eine Schachtel 5 Pfennig).

Herbsttagen an der Ostfront. Vom Genossen Max St., der unsrer Leidern durch zahlreiche Feldpostbriefe bekannt ist, erhalten wir aus Russland dieses Bild: Herbststimmung liegt über der eintönigen russischen Landschaft. Kein Lüftchen röhrt sich, nur Kreuzschäume kreisen über den eben gesäten Feldern am Dori und Gut und machen einen Mordstreif. Es ist morgens 9 Uhr, alles ist abmarschbereit, der Tornister gepackt, die Feldtasche gefüllt und der Reisetasche gefüllt. Es wird gerufen: „Heute richten und antreten“. Jeder nimmt seinen Kasten auf den Rücken und trotzt auf den großen Platz vor der Kirche, macht saule und schlechte Witze über den Tornisters Herrlichkeit und führt sich so gut es geht. Es werden die Züge und Gruppen eingeteilt, eingeteilt und dann abmarschiert zur Feldkahn. Über Berg und Tal geht es; schon windt von weitem der Feldbahnhof mit seinen vielen Türmen. Dort wimmelt es von Wagenkolonnen und Fußtruppen. Der Kessel ist nah geworden, es ist inzwischen kühl und windig wurde, werden Mantel umgezogen und stundenlang gewartet bis die Tugasse verladen ist. Vordem wird Mittag gegeessen, bestehend aus Erschissenuppe. Vorläufig schmeckt es noch dem Marschfe. Nach dem Essen eine zweifelhafte Zigarette mit Tagesmahl. Jetzt kommt das Menschenmaterial zum Verladen, was sehr schnell geht. Mein Zug geht zuerst ab. Die Musik spielt: „Musik in den zum Städtelein hinaus“. Das Zuglein lebt sich in Bewegung, aber nicht unter brausenden Hurras. Nein! dazu dauert der Krieg schon zu lange. Ein kilometerlanger Anhängerstrom zieht sich rechts neben der Bahn dahin. Lazarettsanlagen liegen am Ende desselben in einem ehemaligen, niedergestürzten, mächtig langen Dorfe. In frachtesten Regenbogenfarben sind die Dächer und zu beiden Seiten der Gebäude liegenden Bäume im Park geschmückt. Die Birkenallee liegt im bunten Glanze der Herbstlandschaft schillernd zu unseren Füßen. Es ist eine Pracht! Links neben der Feldkahn eine ehemalige Wasserrinne mit Teichanlagen. Pustend und leuchtend, fast erhabend klettert die Maschine über den sich in Spiralen windenden Steinenstrang den langgestreckten Berg hinauf. Beim Dunkelsein sind wir zwei Stationen vor der Endstation angelangt. Ein Panzoch liegt in dunklen Umrisse vor uns, darauf geht's zu. Jedem wird sein Quartier zugewiesen. In der Nähe des Ziehbrunnens ist unsere Klaue. Ein alter Bauer mit Frau, zwei Töchter und einige kleinere Kinder beherbergt die Gruppe. Das Lager, aus Stroh bestehend, wird auf der Erde aufgeschlagen. Die Familie sitzt auf der Truhe und speist Pilze, Brot und Kartoffeln zum Abendbrot. Die alte Bäuerin reicht mir den Holzkäfel hin. Es wird zugelängt, und stimmt nicht über. Pilze waren schon immer etwas Besonderes für mich. Jeder verzehrte das große Soldatenmahl und legte sich auf sein Lager. Aber zum Kauder! Was ist das um Mitternacht? Wahnsinnig es ist der Haushahn, der brüllt! Wer steckt der Satan, heißt es. Wo soll er anders stecken, als unter dem Dach, denn aus der Richtung kommt der Verzweiflungsruf. Jetzt wird aber alles rebellisch unter den Feldgrauen, keiner kann schlafen, trotz der Müdigkeit, weil das Kreischen Stundenlang nicht aufhört. Mit der Taschenlampe wird das Untier gesucht; ein jeder will dem Krachmacher den Hals umdrehen, aber der lässt sich nicht aus der Fassung bringen und macht sein Konzert weiter. Die Nacht war um und unter Schlaf.

Früh gings die Leute los zum Verladen auf der Hauptkahn. Die Sonne schien noch warm, aber der Strahlenschmuck war groß, als wir in unsern Bestimmungsort anlangten. Eine Baracke einer ehemaligen Feldbäckerei beherbergte uns in ihrem Waschraum. Kühnheitshabig spazierte sich nun das Leben ab. Bei Tage viel Drill in Exerzier, Spielen, Einzelzuläufung, Handkugelspielen und Schwungdienst. Abends viel Sportspiel. Bei engesang, Vorträge, Kuplets mit Gesang, Teufelsgeige und die

neuesten Kriegsspiele wie z. B. die Einnahme von Marschall. Ein Sprühdampf ums Dorf endet am Dorfeingang mit seinem Heldenfriedhof deutscher, österreichischer, russischer und italienischer Krieger. Alle ruhen hier friedlich nebeneinander. Niemand stirbt sie! Ein Sementportal schmückt den Eingang und hölzern ist die Umzäunung. Über hundert liegen darauf. Ernst und wehmütig schliendere ich hinter den Scheinen hinunter und betrete ein Panjehaus, nicht weit von unserer Baracke entfernt. Bauvollig sieht es vor außen aus, niedrig, dunkel und von schlechter Luft erfüllt ist es inwendig. Der Bauer mit Frau, Tochter und Schwiegertochter nebst kleinen 1½-jährigen Kindern begrüßen mich und nötigen zum Sitzen. Meine Sprachkenntnisse sind knapp, kann mich aber doch so viel verständlich machen, wie es nötig tut, um zu begreifen, was ich will. Wäsche will ich gewaschen haben, was die alte Frau mit „döbliche“ — gut — beantwortet. Nun klären allerlei Fragen von Seiten der Leute — besonders der Frauen — auf mich ein, die ich natürlich nicht alle verstehen kann. Es kommt dabei oft zu spaßigen Szenen, die sich mit Worten gar nicht erzählen lassen. Am Tische neben einem Sac Buchweizenmehl nehme ich Platz und rücke mit meinen ganzen Sprachkenntnissen heraus. Und da es gerade Sonntag ist, so ruhen die Hände der russischen Bauernfamilie. Nur der alte Bauer sitzt am Tisch auf der Bank und schaut sein kleines Panje-Tafel, während die junge Frau das Kind in der Schüssel wippt und schaukt. Nach einiger Zeit verschwindet ich und holpere zur Türe hinaus über den die Straße verbindenden Graben mit Holzsteg in unsere Baracke.

Am anderen Morgen erneuere ich meinen Gang in die Panje-Klausur, um die schmutzige Wäsche nebst Seifenpulver abzuliefern. Dadurch ist eine Verbindung hergestellt, die mir manches Werk erlaubt. In freundlicher Weise wird mir von der alten Bäuerin die Milch, Brot und Salzgartoffeln auf den Tisch gelegt, was ich auch dankend annenne. Denn ein Feldgrauer hat stets einen gesegneten Appetit. Mancher deutsche Spießer würde dankend abgelehnt haben wegen zweifelhafter Sauberkeit. Anders stand es mit mir. Ich lasse zu, ohne jegliche Ziererei, auch schon der wohlgemeinten Gastfreundschaft halber. Wir haben in diesem langen Krieg schon manches in Russland verzehrt, was wir im Frieden niemals genossen hätten. Und der Hunger treibt hinein. So auch hier. Beim Weggehen erzähle ich noch um einige Kartoffeln, die mir auch bereitwillig gegeben wurden. Nach acht Tagen war die Wäsche fertig; rein und ohne Ungeziefer wurde sie angezogen, und die andere sofort wieder in die Wäsche gegeben. Es hatte sich allmählich wieder Ungeziefer in Gestalt von Läusen bei mir eingeschlichen. Mit genügender Bezahlung nebst Seifenpulver verließ ich das Haus. Doch jedesmal wurde mir Essen angeboten, morgens oftmales die berühmten „Blätter“, Buchweizenpannkuchen. Verwöhnt ist unser Baumen ja nicht, deshalb nahm ich sie ins Quartier mit und verzehrte diejenigen Morgenfasse. Durch Abgabe von etwas Rauchtabak, Zigaretten, einiger gekaufter Lichte und eines Stückens Seife genoss ich immer mehr das Zutrauen der beiden Männer sowohl wie der Frauen, was mir in Lebensmitteln ausgedrückt wurde. Einen Sohn hatten die Alten auch dem russischen Heere zur Verfügung stellen müssen, von dem sie seit drei Jahren nichts wußten. Ob er wohl noch lebt? Dies möchte die Leute auch wohl bewegen haben, einen deutschen Familienvater in Uniform als Feind zu attacken und zu tößen, wie sich unter Kulturmenschen gespielt. Jammernd erzähle die Bäuerin mir dies Leid und seufzte; Tränen standen ihr in den Augen. Auch diese Leute im fernen Russland fühlen den Krieg sehr hart und beteten hundertmal, dass er ein Ende nähme. Alles hatten die Leute hergeholt müssen, füllten den ganzen Viehhof, betreide, Klacks usw. Für Geld war aber nichts in dieser weltabgelegenen Gegend zu haben. Schuhwerk, Kleider, Garn, Licht und Petroleum war verbraucht und nicht zu erzielen. Als wir eines Morgens plötzlich mitschwere machen mussten zu einem Kampfunternehmen an der Front, ging ich schnell nochmals hinüber, um meine Wäsche abzuholen. Hierbei machte ich die Bemerkung, dass es zur Front hingehe, wobei die alte Mutter zu weinen anfing, eingedenkt ihres Sohnes, und mit den Händen das Kreuz wippte. Sodann übergab sie mir ein großes Stück Brot und einige Zwetscheln. Also war sie noch nicht gefüllt gegen einen verdammten Krieger.

Um 11 Uhr marschierten wir ab, um 12½ Uhr stand das Regiment gesammelt an einem Bergabhang zum eventuellen Eingreifen als Reserve bereit. Zu 11 Uhr legte das Speien der Geschütze und Minenwerfer ein und dauerte zwei Stunden. Eine Menge Flieger, umsummt uns. Gasballons liegen empor, zu der Spektakel war gewohnt. Ein junger Stabswagen durchzog uns; gegen Abend im Dunkeln marschierten wir nach einem Walderkter in Unterstände. Lehmklumpen hingen an den Stäben hin und wieder stürzte einer über eine Baumwurzel und hinfriede. Ist er in ein mit Wälder gefülltes Loch. Ein Fluchen und Schimpfen! Alles ist wieder ruhig, nur das Klappern des Schlosses erkönnt. Jemand weiter geht in der Finsternis. Mit einem Male stehen wir vor der Bude und kriechen in den Keller hinunter. Ein wildes Chaos von verworrenen Gegenständen liegt uns vor den Füßen. Niemand hat Licht. Alles tappt im Dunkeln. Endlich wird ein Kerzenkamm angezündet. Jeder sucht die Feuerkerze auf ohne Stroh, auf blanken Brettern, eine wahre Globus mit vielen braunen Käfern. Der kleine eiserne Ofen wird mit rasch gesammeltem Holz und massenhaft umherliegenden Pappebüschen geheizt, aber der Raum ist groß und die Kälte nicht gering. Er müdigt leicht alles hin, aber frierend erwacht mancher nachts. Am anderen Morgen ist alles früh auf den Beinen, um den heißen Kaffee zu trinken, denn die Glieder sind halb steif.

Ein schöner Wald ist es, in dem wir uns befinden; einige Bäcker liegen drin und haben sich recht häuslich eingerichtet. Lange Stöße in Unterständen, sauber und genau am Waldrand liegend. Gut geriegelter Stromgang führt hinaus aus dem Wald gelegt, mit weißgezärtelten Pfählen. In großen Buschlauben prangt das Wort „Grenzwaldlager“. Schwerer Lehmbohnen herrscht dort überall, alle Sorten Kräuter, Sträucher und Bäume sind vorhanden. Es ist ein Ideal! Nebenbei Reife von Baumkünften und Granatäpfeln. In den Wäldern säuft der Abendwind, Eulen flattern umher, draußen ist aber der Kampf aufs neue entbrannt. Der Feind macht einen Gegenangriff, um uns das Gelände freizumachen und Kanonendonner rollt. Am nächsten Morgen kommt die eine Eskadron, schmeißt und zerstört vom Schanzdienst aus der neugewonnenen Stellung zurück. Am Abend kommen weitere Granaten, verdeckt durch Gestrüpp und Wasser getreten. Hundemüde kommt alles in den Unterstand heruntergekippt. Anders kann ich es nicht nennen. Vor Einschlafung kann alles hin auf die harte Truhe und flach trocken liegen, wie sie waren, mit Kleidern. Mir war das Glückbold, ich flach im Unterstand. Die nächsten Abende kam ich auch mit und löste die Sache gehörig aus. Lange dauerte der Marsch; wieder ging es durch einen prächtigen Wald, durch die beschworenen Waldlager aller Truppen, mit höhlig-särfassigen Laubengängen, Brotten und Birkensitzungen. Rätselstücken bedecken den Waldboden, strahlend läufen die Wölfe zu einem in der Mitte stehenden einzigen Baume mit einer Ruhelinde und Tisch. Es ist sehr einladend, aber für uns nur eine turige Ruhepause. Weiter geht es zum Wald hinaus auf freies Feld. Mancher Fluss entlässt sich und manche Söhle reicht in dem Lehmboden. Rätsel plärren und Streifen füllen sich mit Wasser von oben und unten. Leise betreten wir die gewonnene Stellung, alles ist noch vergeist und sinkt nach langsam im Gras. Im Gänsemarsch, schwierig, schleift die Eskadron beginnend, Reiter, spanische Reiter und Judenlaken nach vorne über ein rüsiges Trichterfeld. Wieder geht es fürzend und in Granatschüten fallend vorwärts. Deutlich ste

und kehrten dann wieder zurück, durch einen Graben gehend. Alles war gut Glück gewesen. Einige Helferkränke und ein Beinbruch vom Bionderleutnant war alles. Noch kam ein großfahrtiger Geschäftsfreien; die Leute fürsteten in die Stollen der tiefen unterirdischen Kanäle, bis er vorüber war. Am letzten Abend wurde gegraben mit Spaten und Schaufel, aber der Russen stellte uns in Ruhe, nur noch einzige Schüsse fielen. Die Reise ging wieder in ein zweites Waldlager näher an der Stellung. Dort wurden wir mittags beim Abschluß durch Granaten belästigt. Ein tapfer Unterstand war der Erfolg. Wir waren aber ungeschlagen, daß der Iwan uns die Kessel samt Eisen verderben wollte. Nach zwei Tagen führten wir wieder in unsere alten Quartiere. Wir aber waren froh, uns austauschen zu dürfen von der Reise nach anderen Frontstücken. Dies blieb der letzte Kampf an der Ostfront gewesen, kein und höchstlich der letzte in diesem Kriege für mich, denn inzwischen ist Waffenstillstand eingetreten und wir liegen schon wieder im Schützengraben an anderer Stelle und haben uns am Flusse mit den Russen die Hand zur Versöhnung bereit. Doch davor später einmal.

Die Volksküche verabfolgte im Monat Dezember 1917 89.820 Portionen. Gefüllt wurde an 31 Tagen; pro Tag 994 Portionen. Für Abendessen wurden 5508 M., für Kaffee 766,30 M. und für Kinderpeisung 625,55 M. vereinnahmt. Im ganzen Jahre 1917 wurden 399.526 Portionen ausgegeben; pro Tag 1104 Portionen. Gefüllt wurde an 362 Tagen. Weiter wurden im Jahre 1917 für 69.489,10 M. Abendessen, für 9528,20 M. Kinderpeisung, und 44.305 Tassen Kaffee a 10 Pfg. ausgegeben.

Atona. Das Altonaer Gaswerk ohne Kohlen. Die Direktion des städtischen Gaswerks teilt mit, daß Dienstag abend wegen gänzlichen Ausbleibens der Kohlenzufuhr die Gasabgabe eingeschafft werden mußte. Gas während der Tage abgeben abzugeben, ist bis auf weiteres nicht möglich. Es soll versucht werden, für Beleuchtungszweck Gas vom Dunkelwerden ab bis zur Polizeistunde, jenseit der aus eingehenden Kohlen erzeugte Gasmenge ausreichend zu liefern.

Schöerin. Sehr drückliche Ratsschläge zur Höchstpreisregelung und Verfütterung von Kartoffeln. Aus Meppenburg, dem Lande, dessen Bewohner und Behörden in leidlosem Aufopferung um das Wohl der Großstädter bemüht sind, kommt aus linderbare Kunde. Von der Großstädtler Seite ging nämlich der „Mecklenburgischen Zeitung“ ein Rat zur Erzielung höherer Preise und zur Verfütterung von Kartoffeln zu, ein Zeitdokument, wie es wohl einzige dasteht. Die behördliche Seite lächelt also:

Eine Verfütterung von Kartoffeln, mit Ausnahme der frischen und unter 1,72 Centimeter großen, ist leider (es heißt wiflich „leider“! Red.) soviel wie verboten. Der gesetzliche Höchstpreis beträgt seit dem 15. Dezember 5 M. für den Zentner, da die bisherige Schnelligkeitsprämie von 5 Pfg. und die Ausfuhrergütung wegfallen sind. So daß der Preis jetzt dem 15. Dezember etwa um 70–80 Pfg. gefallen ist. Zu einer Heraufsetzung des Preises gegen den Frühling hin ist nach Auflösung der Reichsbehörde gar keine Aussicht. Der Erzeuger hat also die Kosten der Aufzehrung und den Schaden der Kartoffeln, die in den Frühling und Sommer hinein selbst zu tragen. Es gibt nun aber via Mittel für den Landwirt, den Verlust des Prämien auszugleichen. Wenn nämlich der Landwirt mit seiner Kreisbehörde einen Aufbewahrungsvertrag abschließt, so werden ihm für die vertragsgemäß aufzuhaltenden Kartoffeln bei erfolgter Abholung 3 Pfg. pro Pfund zum Höchstpreis gezahlt, welche die vorgezählten Prämien (50 Pfg. Schnelligkeitsprämie und 5 Pfg. Rilfenzugabe) planmäßig durchschnittlich 70 bis 80 Pfg. reichlich ausmachen. So wird zum Beispiel für solche Kartoffeln, die von der Kreisbehörde zu Sämerei bei Abgabe von entsprechend gelagerten Kartoffeln

für den Zentner ein Zuschlag gezahlt, welcher sich bei den für Hamburg gelieferten Kartoffeln beläuft: auf 1 M. wenn bis zum 15. März 1918 abgeliefert wird; auf 1,20 M. wenn bis zum 15. April 1918 abgeliefert wird; auf 1,50 M. wenn noch dem 15. April 1918 geliefert wird. Diese Beträge stellen ein reines Verdienst des vertragsgeschlossenen Landwirts dar, der ja auch ohne Vertragsabschluß an den gleichen Leistungen (pfliegliche Bewahrung und jederzeitige Ablieferung) schon nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet ist. Außer diesem Vorteil wird demjenigen Landwirt, der die Lagerung einer bestimmten Menge von Kartoffeln vertragsmäßig übernimmt, die Erlaubnis in Aussicht gestellt, Kartoffeln über das erlaubte Maß hinaus zu versüttern oder sonst zu verbrauchen, während sonst nach den bestimmten Erklärungen des Kriegsernährungsamtes nicht mit einer allgemeinen Verfütterungserlaubnis zu rechnen ist.

Wie wohl noch erinnerlich ist, wurde die Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. gestrichen, um eine beschleunigte Kartoffelanfuhr zu erzielen. Der hohe Kartoffelpreis aber, wie auch die Ausdehnung der Schnelligkeitsprämie wurde schon im Oktober von einem mecklenburgischen Rittergutsbesitzer, Herrn von Plessen auf Neeg, dem man Einsicht und Sachverständig nicht wird absprechen können, entschieden verurteilt. Er führte damals im „Rostocker Anzeiger“ u. a. aus:

Angesichts der recht guten Kartoffelernte ist es nicht zu verantworten, einen höheren Höchstpreis als 3 M. ab Produzentenstufe festzulegen. Für Lieferungen bis 15. November mag dann noch eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. hinzukommen, länger wie bis zu diesem Zeitpunkt kann von Schnelligkeit keine Rede mehr sein. Die Ausdehnung der Schnelligkeitsprämie bis zum 15. Dezember erzeugt allgemeines Entzauen. Zweifellos ist ein Friedenspreis von 3,50 M. selbst in den napoleonischen Kartoffeljahren etwas kaum Gehörtes gewesen; es ist unerträglich, weshalb in einem reichen Kartoffelsaft dem ohnehin unter der allgemeinen Tendenz lagernder Leidenden Kommentar der Preis über den höchsten Friedenspreis hinaus verteuert werden soll, um so mehr, als bei der allgemeinen Knappheit an Fleisch und Fett und den geringen Brotrationen die reiche Kartoffelernte dieses Jahres als ein wahres Gottesgeschenk erachtet und gerade den Unbermittelten und Frauen in reicher Weise zu einem mittleren Preise zur Verfügung stehen sollte. Wir können nicht umhin, einen Kartoffelproduzentenpreis von 3,50 M. einschließlich Schnelligkeitsprämie, für einen schweren Blößgriff zu halten.“

Einzigdem aber und obgleich auf keinen Fall nach dem 15. Dezember der erhöhte Preis bezahlt werden sollte, wie es in den amtlichen Mitteilungen immer hieß, wird den Landwirten nur von behördlicher Seite eine Höchstpreisumgehung angeboten. Denn was bewirkt dieser Aufbewahrungsvertrag anders, als den Landwirten wieder einen Ertragssatz zugewähren, da Raum ohne Vertragsabschluß ja zu gleichen Leistungen (pfliegliche Bewahrung und jederzeitige Ablieferung) verpflichtet sind. Man darf gespannt sein, wie das Kriegsernährungsamt sich dazu stellt, besonders auch zu der in Aussicht gestellten Verfütterung. Für die Männer wurde nämlich eine Erhöhung der Kartoffelernte immer als unmöglich abgelehnt.

Bremervörde. Ein vom Landrat gemäß regestes bannscheinliches Blatt. Der Bremervörder Zeitung sind vom dortigen Landrat Grubitz die amtlichen Bekanntmachungen entzogen worden. Landrat Grubitz hat den Gemeindeschöpfern aufgetragen, in ihren Gemeinden bekanntzugeben, daß die amtlichen Bekanntmachungen ab ersten Januar nicht mehr in dieser Zeitung veröffentlicht werden. Der Verleger der „Bremervörder Zeitung“ gibt in seinem Blatte dazu eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Ursachen, weshalb uns die amtlichen Bekanntmachungen entzogen sind, werden darin zu suchen sein, daß wir es nicht mit dem Interesse unseres Standes, vor allem aber im Interesse der öffentlichen Meinung vereinbarten könnten, wenn der Herr Landrat von uns forderte, ihm vor Ausgabe der Zeitung ein Stück derselben vorzulegen, um dem Herrn Landrat nicht genehme Schriftsätze, welche sich im lokalen Teil der Zeitung befinden und sich mit den behördlichen getroffenen Maßnahmen befassen, daraus zu entfernen. Mit anderen Worten also, Herr Landrat Grubitz wollte sich das Recht sichern, gegen eine Konventionalstrafe von 500 M., die wir für jeden Fall der Übertretung zu zahlen haben würden, sich in die wichtigsten Aufgaben der Presse einzumischen, die da sind, die öffentliche Meinung zu vertreten. Wir haben ein berartiges Urteil abgelehnt mit dem Hinweis, daß wir uns unter gutes Recht nicht schämen lassen würden. Auch Eingesandtes sollten wir vor deren Veröffentlichung, sofern sich dieselben mit den behördlichen Anordnungen befassen, erst dem Herrn Landrat

Die Umfrage des Landrats ist derart, daß sich jeder Kommentar erübrigte.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Januar. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden im Englischen Kanal und Atlantischen Ozean neuerdings 4 Dampfer, 3 Segler und 3 Fischersahrzeuge versenkt, darunter ein bewaffneter tiefseliger Dampfer, ferner der englische Schoner „Troba“ mit Kohlen von Swansea nach Cherbourg, der portugiesische Schoner „Aportugeza“ mit Salzladung nach Frankreich sowie der portugiesische Fischdampfer „Aegos“. Von den übrigen versenkten Dampfern hatte einer Stahlbarren von Swansea nach Cherbourg geladen. Ein anderer Dampfer wurde aus einem gesunkenen Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Bereitsvortrag für die Radrif. „Mus. Lübeck und den Nachbergeboten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Küngt, für den gesamten kürzigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

*Was soll's helfen,
wir kann's im Krieg*

Mit mir!

Verkauf von holländischen Hüttnern.

Bis auf weiteres werden vom Marktallengaußfest an allen Wochentagen in der Zeit von vierzehn Uhr bis 1 Uhr Geschäfte auf holländischer Hüttner ausgeübt.

Der Preis beträgt M. 4.— für das Paar.

Bei der Beleidung sind die Kleiderstücke über Kleiderbügel hängen als Ausweite vorzulegen. Eine Berechnung auf die Kleiderstücke findet jedoch nicht statt. Die Endnote der Hüttner erfolgt mit Münzgeld und Sonderabgabe von 5 P. bis 1 Uhr. Der Kaufpreis ist bei Eröffnungnahme der Hüttner zu entrichten.

Der Ernährungsausschuß.

Eine Gangprobe mit 2 Pflz. Guter. Kinder - Klappstuhl preiswert zu verkaufen. Rückr. Nr. 127. M. 3 M. zu verkaufen. Zahl. Steinstraße 22. Telefon 25. M.

Allarbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Haus des Rath-Sperr. Cubecas.

Eine Verordnung, betreffend

Befreiung von Schriften ins Feld

wird durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) veröffentlicht. Danach ist die Verbreitung der Flugschriften der Sozialdemokratie für die Feldgruppen im Heere und ihre Verbindung ins Feld verboten. Verboten ist außerdem, daß den Zeitungen, die von den Expeditionen ins Feld gesandt werden, Zeitungen eines anderen Verlages, ferner Flugschriften, Brochüren usw., die nicht zu den betreffenden Zeitungsausgaben gehören, verdeckt beigelegt werden.

Altona, den 27. Dezember 1917.

Stellv. Generalkommando IX. M.R.

Zürge für den Kriegsgefangene.

Die Geschäftsräume sind ab 2. Januar 1918 geöffnet täglich von 10½—12½ Uhr.

Montag Dienstag Donnerstag Freitag nachmittags von 4—6 Uhr.

Schriftstücke gel. n. Holstenstor. Selbst abholen. Angeb. an 32. Buve. Mifit. 11. I.

Bilderleisten

einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlung,

Fleischhauerstr. 85. Fernruf 2808.

Achtung!

Deutscher

Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Betriebs-Versammlung

für sämtliche Unterbeamten.

Arbeiter u. Arbeiterinnen der

Lübeck-Büchener Eisenbahn

am Sonntag, dem 6. Januar

nachmittags 4 Uhr

Tagessordnung:

Der wirtschaftliche u. soziale

Aufstieg der Eisenbahner.

Referent: L. Branner, Berlin.

Das Erscheinen ist Pflicht eines jeden Eisenbahners.

30) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.

Donnerstag, den 3. Januar

abends 7 Uhr: (25)

Kinder, amüsiert Euch!

Stadttheater.

Donnerstag, d. 3. Jan. 1918:

Anfang 6½ Uhr:

Lohengrin.

Freitag, den 4. Januar 1918:

Anfang 7 Uhr:

Der Troubadour.

Sonntags, den 5. Jan. 1918:

Nachmittags 8 Uhr:

Märchen.

Abends 7 Uhr:

Schauspielgemeinde:

Dyckerpotts Erben.

(Rote Karten.)

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Infolge starker Nachfrage nach den Billets zur Kinder-

Vorstellung im Stadttheater:

Peterchens Reise ins Märchenland

wird die Vorstellung am

Sonnabend, dem 12. Januar

nachmittags 3 Uhr

wiederholt.

Die Aufführung der Plätze zu dieser Vorstellung (rote

Karten) findet am Donnerstag, dem 10. Januar,

nachmittags von 2—4 Uhr, im Gewerbeschauhaus,

Johannisstraße 50—52, statt.

Karten zum Preise von 35 Pfg. einschl. Garderobe sind

noch zu haben in den Verkaufsstellen des Konsumentvereins.

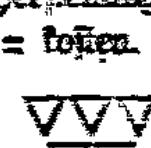
Bilder aus Lübecks Vergangenheit

Hinrich Paternostermaier

Berichter: Theodor Schwarz, Lübeck.



Die beiden obengenannten Werke
können wir allen, die sich für die
ältere Geschichte Lübecks inter-
essieren, sehr empfehlen, da
der Ausführungspreis ein
sehr niedriger genommen
werden kann in Kind-
heit auf die hohen
Herstellungs-
= kosten =



Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46. Lübeck. Johannisstraße 46.

Das neue Stadium

der Friedenssaison.

Über die Aussichten und die Zweckmäßigkeit einer Wiederaufnahme der Bemühungen um Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz nach Holland hat Troelstra sich in „het Volk“ in einem Artikel geäußert, der eine von ihm vorbereitete Resolution für den auf Weihnachten einberufenen außerordentlichen Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands betraf. Die Resolution beginnt mit einer Aufforderung für einen allgemeinen Frieden durch Verständigung im Sinne der vom revolutionären Russland verkündeten Prinzipien, erklärt ihre Sympathie für den Antrag der russischen Sozialdemokratie, unmittelbar eine internationale Konferenz einzuberufen, unbedauert, daß dies wegen der Lage der Dinge in den vornehmsten Ententeländern praktisch unmöglich ist. Dann sagt die Resolution:

„Vom Abhalten einer Konferenz, wie sie vom russisch-holländisch-skandinavischen Komitee beschlossen ist, kann er“ die Rede sein, wenn die sozialistischen Parteien der Ententeländer dazu bereit und in stande sind. Auf ihnen ruht jetzt die Aufgabe, die Initiative zu ergreifen. Wenn sie damit noch länger in Verzug bleiben, so ist zu fürchten, daß die Stocholmer Konferenz, so wie sie ursprünglich in Aufsicht und Bedeutung gedacht war, unmöglich wird. Der Kongress erhält sich deshalb bereit, auch an anderen Versuchen zur Förderung des Friedens teilzunehmen und erwägt den Parteivorstand, sich zu diesem Zwecke mit den Parteien der andern neutralen Länder zu verständigen.“

Über das Verhalten der entente-sozialistischen Parteien heißt es in Troelstras Begründung dieser Resolution:

„Indessen weigerte sich die dänische Partei der Partei nach der auf Veranstaltung der dänischen Partei von Hirschmans ergangenen Einladung nochmals ausdrücklich, nach Stockholm zu kommen. Und aus Frankreich kam keine bessere Nachricht. Wir haben folglich nicht nur mit den Verteilerverteilung der Regierungen, sondern auch mit der Abschaffung der sozialdemokratischen Parteien zu tun. Wenn die wirklich und energisch wollten, würden Clemenceau und Lloyd George ihr übles Treiben gegen Stockholm nicht fortsetzen können. Es ist bedauerlich, aber leider notwendig, diese Tatsachen zu feststellen. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger, denn daß die Stocholmer Konferenz in ihrer ursprünglichen Tendenz mit dem Ziel eines allgemeinen Friedens durch Verständigung bis heutigen Tages an der präzisen oder schwachen Saliung der Ententeländer schreitet.“

Troelstra tritt sodann entschieden gegen das Räsonnen auf die Friedensversuche der Maximalisten zu unterstützen. Er sagt:

„Während wir ein Friedensprogramm ausspielen, trieb das absolute Friedensbedürfnis das russische Volk — nachdem es von seinen Verbündeten zu einer unverhältnismäßigen Offensive gezwungen worden war — in die Arme der Maximalisten. Von mir dies aus verantwortlichen Gründen bedauern, obwohl es würde Strafnotiz sein, diese hoffnungslosen Hoffnungen nicht in ihrer Bedeutung für den russischen Krieg auf der Friedensentwickelung erlösen zu lassen. Der Großherr Sozialdemokraten“, der Kaiser ist der bestreite Krieger gegen Lenin und die mit ihm verhandelnden Deutschen bringt nicht mehr seine Großkraft damit nur lächerlich. Nach verschiedenen Provinzgründungen beginnt von in England und Frankreich mehr und mehr einzuholen, was die wahren Kämpfen an diesem unermüdlichen Verlust des Todes zu suchen sind. Es ist sicher nicht Sohn der neutralen Sozialisten, den daß er vorantretet, unruhig, erschüttert, aber imperiositischen Politikern die schüttende Hand über den Kopf zu halten.“

Es wäre auch töricht, lediglich aus Mangel an wertvoller Kritik gegen die Friedensentwickelung zu rütteln, wenn diese Kritik nicht in Rücksichtnahme auf die russischen Parteien und deren Kämpfer zu richten. In diesem Stadium der Weltgeschichte muß jeder vernünftige Mensch bereit sein, die eine oder an-

dere seiner Ansichten aufzugeben, wenn sie durch die Tatsachen überholt werden. Wenn Lenin mit seinem Versuch mehr Erfolg hat als wir „offiziellen“ Sozialdemokraten mit Stockholm hatten, dann wird dies sicherlich auf die Dauer zur Neuorientierung mancher Ansichten in der Internationale führen, die daran nicht sterben, vielmehr zu neuem Leben erwachen würde.

Einstweilen bleibt die Tatsache bestehen, während nicht einmal die Sozialisten der Ententeländer bereit sind, über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln, von einer sozialistischen Regierung ein Waffenstillstand abgeschlossen und ein Sonderfrieden vorbereitet wird. Natürlich mit dem Ziel, auf diesem Wege sowohl von ihren sogenannten „Brüderen“ als von ihren Feinden die Gerechtigkeit zur Mitwirkung an einem allgemeinen Frieden zu erreichen. Und nun die Geschichte dieses Lauf nimmt, ist's m. E. unsere Aufgabe, nicht hindernd in den Weg zu treten, — was auch unmöglich sein würde —, sondern die Dinge in der gerührten Richtung weiterzuleiten.“

Und Troelstra fügt hinzu:

„Könnte jetzt die Stocholmer Konferenz zu einer Versammlung zusammenkommen, so würde sie zur Errichtung dieses Ziels viel Leistung vermögen. . . . Aber da einmal eine solche Konferenz mit der Teilnahme aller freien Parteien steht oder fällt, ist von einer solchen vorläufig nichts zu erwarten.“

Ein Beitrag zu den Neuföllner Entschließungen.

In das Kriegsernährungsamt und an die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die Nahrungsmittelstelle des Lübecker Gemeindeworckes folgende Einschrebe gerichtet:

Zeitungsaussichten zuvor soll bestätigt sein, die Wissende auf dem Gebiete des Gemüseherdes, welche auch in der Lübecker Gewerbevertretung sehr oft vorkommen, mit polizeilichen Maßregeln der ältesten Art zu befreien und Überschreitungen von Höchstpreisen in weitestem Umfang der Fleischwarenfabrik zur Anzeige zu bringen. Der Gemeindeworckstand von Lübeck soll sich dadurch veranlaßt sehen, in Einschreben an das Kriegsernährungsamt und die Reichsstelle für Gemüse und Obst gegen ein derartiges Unternehmen eine warnende Stimme zu erklingen. Die Einschrebe bezeichnet solche polizeilichen Maßregeln als einen Schlag ins Wasser, weil dadurch nur ein kleiner Teil der Beteiligten betroffen wird, und weil damit in keiner Weise die Ursachen der Höchstpreisüberschreitungen beseitigt werden.

a) In den Höchstpreisüberschreitungen sind auf der Käuferseite nicht nur Gemeindeverwaltungen und Private beteiligt, sondern in höchstem Grade auch Reichs- und Staatsbehörden, die Militärverwaltung und die Rüstungsindustrie. Auf der Verkäuferseite nehmen daran teil die Landwirte von den Großdeichern und Domänenwirten herunter bis zu den kleinen Bauern. Nur wenn der Überwachungsdienst auf alle diese Kreise in Stadt und Land ausgedehnt werden könnte und wenn er vor niemandem halt mache, würde er Erfolg haben. Es ist aber für jeden Kenner der Verhältnisse klar, daß ein derartiges Durchgreifen unzulässig ist.

b) Die Höchstpreisüberschreitungen haben ihren Grund einerseits in der schwerelosen Konkurrenz, die sich die genannten Kreiskreise direkt oder durch Vermittler am Gewerbeverkauf machen können, und andererseits in dem Umstande, daß der Erzeuger ungehindert und unkontrolliert seine Erzeugnisse zu jedem Preis an den Meistbietenden loslassen kann und losläßt. Diesem Verhältnisse kann durch Strafandrohung in ihrer Weise entgegengesetzt werden. Gesetzstrafen müssen richtig für Betriebsleiter geahndet werden, die Verkäufer müssen nicht gehängt werden. Um überall häuft man niemanden, den man nicht hat. Maßnahmen müssen außerordentlich streng sein.

Es gibt nur ein Mittel gegen das Werk, das ist die offizielle Kontrolle der Erzeugnisse am Erzeugungsort durch lokale Gewerbeaufsichtswirken und die provinziale Wirtschaft und Verbrauchsorganisationen, die einen Vertrag abschließen, um die rechte Ware durch geeignete Einschrebe und Verteilungsorganisationen. Den soeben Vertrag abschließenden bereits ein Einfuß auf den Markt eingesetzt werden. Solange die Ware nicht am Erzeugungsort erachtet wird, wird an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden. Eine Aner-

derung muß aber erfolgen, wenn nicht in den großen Wollzentren in kurzer Zeit ein absoluter Gemüsemangel und eine Katastrophe herausbrechen werden soll.

Es ist aber höchst Zeit, daß die Staatsbehörden mit aller Energie das Aebel an der Wurzel fassen und davon absehen, durch bloße Polizeiauszeichen gegen einzelne Kreise, die nicht aus gewinnstüchtiger Absicht, sondern nur im Interesse ihrer Schutz befchloßen haben, die Ergebnisse zur Explosion treiben.

Wir machen höflich darauf aufmerksam, daß sich jetzt bereits erkennt leicht, daß der Abschluß einer ausstehenden Anzahl von Gewerbelebensverträgen für den Herbst 1918 eine Unmöglichkeit sein wird, weil a) viele Anbauer, durch die Erfahrungen des Jahres 1917 gewöhnt, eine vertragliche Bindung für 1918 als für sie ungünstig überhaupt ablehnen, b) viele andere Anbauer den Vertragsabschluß von der Bereitstellung von Gemüsesorten und ähnlichen Dingen abhängig machen. Daß der Abschluß der Reichsgemüsestelle und beide Artikel aber vom Markt verschwinden.

Was soll daraus werden?

Wann endlich werden die Namen der großen Herren, die in diesem Handel beteiligt sind, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden? Auch diese Bekanntgabe hätte eine helljame Wirkung! Solange die Herrschaften faulen dürfen, möglicherweise sie aus Rückhalt auf ihre hoymögliche Persönlichkeit im Dunkeln schlafen lassen, kann auch niemand glauben, daß es mit der angestrebten Besserung Ernst wird.

Wie das sächsische Herrenhaus reformiert werden soll.

Nach eingehenden Beratungen über die Erneuerung des sächsischen Herrenhauses, die einen Teil der Verhandlungen über eine umfassende Verfassungsreform bildeten, hatte die Zweite Kammer des sächsischen Landtages gegen die Stimmen der Konserventen Beifüsse gezeigt, die eine durchgreifende Einschränkung der Herrenhausbefugnisse und eine wesentlich andere Zusammensetzung forderten. Und zwar sollten dann die Vertreter der überwiegenden Domänen und der Standesherrschaften und die zehn vom König zu berufenden Rittergutsbesitzer bestimmt und nur die zwölf zu wählenden Rittergutsbesitzer darin bestellt werden. Neu hinzugekommen sollten Vertreter von Handel, Gewerbe, Peasanten, Arbeiter, freie Berufe und Gelehrte. Alle Vertreter sollten überdies nicht mehr vom Könige berufen, sondern gewählt werden und nicht mehr auf Lebenszeit, sondern nur auf sechs Jahre. Die bereits erwähnte Belehrung, die Befugnisse sollte darin bestehen, daß die Erste Kammer nicht mehr wie bisher Gleichwürde zu Halle bringen könne, sondern bei abweichen den Gleichwürden beider Kammen immer der Abschluß der zweiten Kammer Geltung behalten sollte, wenn zwei Vereinigungsversuche ergebnislos verlaufen sind.

Zufolge dieser Beifüsse hat die sächsische Regierung jetzt dem Landtage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der eine Reform der ersten Kammer beabsichtigt soll. Diese Regierung aber damit bittet, bleibt auch hinter den bei beiden Kammergewerken weit zurück und wird eine geradezu lästige Enttäuschung darüber. Die Herrenhausbefugnisse sollen dann unangemeldet belassen bleiben, darum auch die Befugnisse, von der zweiten Kammer angenommene Beifüsse und Vorlagen hinzußtzt zu machen, oder auch völlig umzändern. Nur soweit eine andere Zusammensetzung des sächsischen Herrenhauses gefordert wird, sind kleine, aber völlig unzulässige Koncessions gemacht worden. Die selbst von den Konserventen geforderte Einführung der Vertreter der Standesherrschaften und Domänen ist dem Landtage zum Trotz ablehnt worden. Auch auf die vom König zu berufenden Rittergutsbesitzer will die Regierung nicht verzichten, doch soll die Zahl von 16 auf 5 reduziert werden. Diese 5 sollen neben den zehn anderen Vertretern vom König ernannt werden, doch steht es frei, auch mehr als fünf Rittergutsbesitzer zu ernennen; es müssen aber wenigstens fünf sein. Daneben blieben noch die zwölf gewählten Rittergutsbesitzer bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der Erste Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes bestehen und die Vertreter der 120 erwählten Standesdeputierten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Verwaltung in der ersten Kammer kommt die Regierungssorge in unzureichender Weise nach, einen von einheitlichen Alters 15 entspringen, wonach der

der von den Gemeindeländern auf Lebenszeit gewährt werden. Damit ist die Forderung auf Vertreter der freien Berufe, der Arbeiter, der Beamten und Lehrer, sowie die Wahl auf eine bestimmte Zeit (6 Jahre) abgelehnt. Doch wird in der Begründung der Vorlage ausgeführt, daß durch königliche Beauftragung auch Arbeiter Zutritt zur ersten Kammer erlangen sollen, damit auch in dieser Körperschaft die Stimme der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft zu Gehör gelange. Möglicherweise eine solche Berufung von Arbeitervertretern nur dann, wenn bei den zehn Vertretern, die der König neben den fünf Alttagsabgeordneten nach freier Wahl auf Lebenszeit ernennen kann, einige Arbeiter wären. Eine solche Vertretung wäre natürlich gänzlich wertlos, ganz abgesehen davon, daß organisierte Arbeiter überhaupt keine Schnüre dachan haben werden, in einer solchen Körperschaft neben „Gesetzsläger“ geduldet zu werden.

Neu ist noch, daß ein verfassungsmäßiges Recht auf eine Vertretung im Herrenhause neben den Städten Dresden und Leipzig, die es keiner schon erhalten soll; ferner sollen neben den fünf nach freier Wahl zu beruhenden Bürgermeistern, die keiner schon vorgehen waren, auch noch fünf Vertreter der kleinen Städte und Landgemeinden kommen. Ferner soll ein Vertreter der technischen Hochschule in Dresden zugelassen werden, während keiner nur die Universität Leipzig vertreten war.

Das ist alles, was die Regierung zugeben will. Damit bleibt auch die behördlichen Forderungen zum größten Teil unerfüllt. Der einzige Mangel ist, daß die feindlichen Befreiungen der ersten Kammer uneingehalten belassen bleiben sollen. Gelingt es nicht, hier noch Brüste zu schlagen, dann würde die ganze Reform für sozialdemokratische Vertreter unannehmbar und auch völlig bedeutungslos.

Noch in einem Punkt macht die Regierung in ihrer Vorlage ein kleines Zugeständnis: die Immunität der Landtagsabgeordneten soll in derselben Weise wie die der Reichstagsabgeordneten gesteuert werden; doch ist es noch fraglich, ob das eine Verbesserung ist.

Der Umstand jedoch, daß die Vorlage, die als solche über Änderungen der Verfassungsurkunde bezeichnet ist, nichts anderes enthält, bestätigt gleichzeitig, daß die Regierung die übrigen Forderungen nach Verfassungsreform, die die zweite Kammer durch Selbsthilfe selbst gemacht, abgelehnt hat, das insbesondere die auf Einführung einjähriger Landtagstagungen und die Schaffung eines Ministerpräsidenten und Streitkrieg des § 152 der Verfassung, wozu zu Verfassungsänderungen übereinkommend mit Zweidrittelmehrheit gesetzte Befreiung in zwei hintereinanderfolgenden Landtagen erforderlich sind.

Aus diesem ergibt sich, daß die feindliche Regierung auch in voriger Zeit allem wirtschaftlichen Fortschritt abhold ist und sich auch in dieser Zeit in weitreichende reaktionäre Ausführungen eingezogen hat. Es wird noch wieder Rücksicht nehmen, ehe Brüste erholgen. Doch kann es dabei nicht um eine bessere Einsicht des jetzigen Ministeriums gehen, denn nur wenn die jetzt regierenden Herren in Sachen bestellt sind, kann etwas erreicht werden.

Die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften.

Am 22. und am 23. Dezember 1917 tagte in Clermont-Ferrand die Jahreskonferenz der französischen Gewerkschaften. Es erschienen 149 Delegierte, die 34 Arbeitervierteln, 37 Gewerkschaften und 26 Verbände vertraten. Als deutscher Delegierter waren eingetragen: Dr. Adalbert von Tilly (Allgemeiner Verband der französischen Gewerkschaften), Vollgaert (Folgsame Gewerkschaften) und ein deutscher Arbeitervertreter. Von diesen erschien: Die Aktionäre und brachte eine Vorauszahlung zur Verfügung, deren Betrag jedoch von den Sozialisten nicht wiederzugeben ist. Nach einer längeren Diskussionsrunde beschloß mehrere Delegierte über die Notwendigkeit der Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Die Konferenz nahm eine Entscheidung an, die den Ratifikation benötigte, eine Abstimmung darüber vorzunehmen zu lassen, ob ein solches Kongress eingerufen werden sollte.

Zuvor wurde aus der französischen Delegation Robert Lefèvre als Vorsitzender der Gruppe des sozialdemokratischen Proletariats und Pierre Bodinat aus.

Es gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Übergangszeit das Jahrzehnt gesetzgeberischen Zusprungs von Berlin nach der Februarherrschaft gewidmete. Der französische Gewerkschaftsrat, der zur dem Krieg gegen England gekämpft hatte, hat jetzt 120 000: es sind hauptsächlich die Eisenbahner, denen diese Zahlung zu danken ist. Zum Erfolg müßte es nach dem Besuch der französischen Delegationen, daß es den Kommunisten und Sozialisten nicht gelang, eine Zustimmung zur Berliner Konferenz vom 1. Oktober 1917 zu finden.

Daß es bei Berlin keine das Segen der Gewerkschaften, das die sozialdemokratischen Organisationen an die französischen Gewerkschaften geschenkt hatten.

Die Internationale und der Frieden.

Von daher berichtete über die zukünftige Entwicklung der Sozialisten und erklärte, daß die Aktionäre nur aus direkten Führern nach Stockholm und nach Paris nicht erlaubten, daß eine internationale Sozialistische für Frieden, Freiheit, das Internationale Proletariat und sozialen Frieden eintragen, die Friedensrechte und der 1. Weltkrieg eine beträchtliche Schwäche gezeigt habe.

Er erklärte, daß es zu Frieden kam, da Deutschland als ein Mitglied des Rates der Nationen wieder eintrete, aber das deutsche Volk wäre die einzige Gewinnerin.

Die französische Regierung möge gegenüber Frankreich, Belgien und Spanien das Prinzip der Neutralität des Friedens auf Grund des Internationalen Programms. Das heißt, daß es einen Staatsvertrag der Neutralität und Freiheit mit einem Frieden zwischen den Parteien zu schließen, der die Sicherung der Freiheit und der eingeschlossenen Kriegerinnen markiert. Sollte jedoch

gelingen, daß beide Seiten des Internationalen Programms mit Deutschland einen Frieden schließen, so soll es eine Friedensvereinbarung zwischen den Parteien für den Frieden internationalen Friedens einrichten.

Ein anderer erklärte, daß es zu Frieden kam, da Deutschland als ein Mitglied des Rates der Nationen wieder eintrete, aber das deutsche Volk wäre die einzige Gewinnerin.

Die französische Regierung möge gegenüber Frankreich, Belgien und Spanien das Prinzip der Neutralität des Friedens auf Grund des Internationalen Programms. Das heißt, daß es einen Staatsvertrag der Neutralität und Freiheit mit einem Frieden zwischen den Parteien zu schließen, der die Sicherung der Freiheit und der eingeschlossenen Kriegerinnen markiert. Sollte jedoch

gelingen, daß beide Seiten des Internationalen Programms mit Deutschland einen Frieden schließen, so soll es eine Friedensvereinbarung zwischen den Parteien für den Frieden internationalen Friedens einrichten.

Ein dritter erklärte, daß es zu Frieden kam, da Frankreich die Forderungen der Sozialisten nicht erfüllte.

Die französische Regierung möge gegenüber Frankreich, Belgien und Spanien das Prinzip der Neutralität des Friedens auf Grund des Internationalen Programms mit Deutschland einen Frieden schließen, der die Sicherung der Freiheit und der eingeschlossenen Kriegerinnen markiert. Sollte jedoch

gelingen, daß beide Seiten des Internationalen Programms mit Deutschland einen Frieden schließen, so soll es eine Friedensvereinbarung zwischen den Parteien für den Frieden internationalen Friedens einrichten.

Ein vierter erklärte, daß es zu Frieden kam, da Frankreich die Forderungen der Sozialisten nicht erfüllte.

Die französische Regierung möge gegenüber Frankreich, Belgien und Spanien das Prinzip der Neutralität des Friedens auf Grund des Internationalen Programms mit Deutschland einen Frieden schließen, der die Sicherung der Freiheit und der eingeschlossenen Kriegerinnen markiert. Sollte jedoch

Großer Beifall bei den Minderheiten.) Vertrag hält die Ausführungen Merleins für durchaus richtig. Die Arbeiterviertel klasse habe nur einen Feind: Das Kapital. Er stelle sich vollständig auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Der wirkliche Krieg werde nicht zwischen Nationen ausgefochten, sondern zwischen den Klassen. (Starke Unterredungen.) Die einzigen praktischen Sozialisten seien Lenin und Trotzki; sie redeten nicht viel, sondern handelten entschlossen, wie dies die Lage verlangte. Er enthielt ihnen die herzlichsten Grüße. Savoie verteidigte die Haltung des Gewerkschaftsbundes.

Deutschland habe noch bis heute seine Kriegsziele nicht veröffentlicht. Die Bolschewiki würden noch so manche Enttäuschung erleben, denn die Deutschen gingen auf Erbauerungen aus, sie strebten nach der wirtschaftlichen Bedeckung Belgien und nach der Einverleibung von Briten. Die Führer des französischen Gewerkschaftsbundes könnten den anderen Haltung einnehmen. (Großer Beifall.) Dumonts wünscht Merleins vor, daß er bestrebt sei, Deutschland zu entkräften; seit Kriegsausbruch sei die ganze Tätigkeit Merleins sehr nützlich. Es ist festgestellt worden, daß überall dort, wo es sich um die Erfassung der Milch-, Butter- und Fettzeugung handelt, die Durchführung der behördlichen Verteilungen viel besser vorstehen geht, als wenn die Genossenschaften ausgeschaltet sind. Auch die Bevölkerung von Eltern, Obst und Gemüse durch die Genossenschaften hat sich sehr gut bewährt. So hat zum Beispiel im Großherzogtum Hessen der Verband ländlicher Genossenschaften die Erfassung der Landes-Milch- und Fettstelle übernommen. Zu jenen Obliegenheiten zählt in erster Linie die Sorge für eine möglichst reiblose Erfassung der Milcherzeugung des Großherzogtums, der Erlass etwa hierzu notwendig werden wird. Verteilungen, die Durchführung der notwendigen Kontrolle der Buttererzeugung sowie endlich die Ausstellung eines monatlichen Verteilungsplans sowohl für die im Großherzogtum Hessen erzeugte Butter wie auch für die gemäß Verteilung der Reichsstelle für Speisefette zur Auslieferung kommende Butter aus den Nebenländern Bayerns und Württembergs. Er hat an Hand des Verteilungsplans die Ordnungsgemäße Verteilung der Butter an die in Betracht kommenden Bedarfsgemeinden sowie den Ein- und Ausgang der Butterlieferungen im Rahmen der Verteilungsstelle laufenden Butter zu überwachen. Außerdem liegt das gesamte Rechnungswesen, sowohl hinsichtlich der Molkereien wie auch der betriebenen Gemeinden, in seinen Händen. Monatlich erfolgt die Abrechnung mit der Verwaltung der Landes-Milch- und Fettstelle über den gesamten Ein- und Ausgang und mit der Reichsstelle über die angeforderte aufrhebliche Butter. Die Butterverteilung geschieht in direkte Lieferungen von Molkereien an Bedarfsgemeinden und in Ablieferung der Überhälfte an die hierfür bestimmte Verteilungsstelle sowie deren Weiterleitung durch diese. Die direkte Verteilung der Gemeinden wie auch die Weiterleitung durch die Verteilungsstelle erfolgen an Hand des durch die Verwaltungsabteilung monatlich aufstellenden Verteilungsplans. Sollte, was indes selten vorkommt, eine größere Menge angeliefert werden als in dem Verteilungsplan vorgesehen, so wird sofort den höheren Gemeinden vorbehalt Weise zugestellt, die sich zur Erfassung auf ihr Rücken bereit erklaren. Grundsätzlich ist das Verteilungswesen definitiv geregelt, daß die Molkereien der Hof-Abteilung sämtliche gelieferte Butter, einschließlich solche den Gemeinden direkt angeliefert wurde oder ob die Auslieferung an die Verteilungsstelle erfolgte, in Rechnung zu stellen haben. Wöchentlich erfolgt die Bezeichnung der Rechnungen durch die Zentralstelle der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund einer durch die Geschäftsabteilung erarbeiteten Anweisung. Die Auslieferung von den hessischen Molkereien befugt in den vier Monaten August bis November rund 8600 Zentner Butter, wozu noch ungefähr 4500 Zentner Butter von auswärts kamen. Es werden durch die Reichsstelle 480 Gemeinden sowie 50 Kreisämter, industrielle Werke usw. versorgt.

Das Zusammenarbeiten der Kriegsorganisationen mit den Genossenschaften, wie es hier der Fall ist, ist sehr als recht nützend erachtet. Es ist ja auch klar, daß bestehende wirtschaftliche Organisationen, die Erfahrung und alte Traditionen haben, besser geeignet sind, die Verteilungsarbeit zu leisten als neu gebildete Schäden, die sich lediglich auf ihre Nutznießer richten. Hoffentlich reicht die Einsicht in den mehreren Kreisen immer weiter um sich, doch muß vielfach die Organisationen nicht aus dem Kerne schütteln kann, sondern allmählich ausbauen muß.

Aus Nah und Fern.

Blutbad eines Eisesschlägers. Am Montag morgen kurz vor 7 Uhr wurden die Bewohner des Hauses Schwedter Straße 17 in Berlin durch zwei kurz hintereinander fallende Schüsse in Aufregung versetzt. Wie sich herausstellte, hatte der dort bei einer Frau Seifert wohnende 37jährige Schlaubische Franz Große seiner Witwe aus Eisesschlag eine Kugel in den Kopf gelegt. Darauf stieß er sich selber durch einen zweiten Schuß. Frau Seifert fand Aufnahme in der Kgl. Klinik in der Ziegelstraße wo man ihr das Gehirn aus dem Kopfe entfernte und die ersten Verbände anlegte.

Für vier Millionen Mark Holz eingetroffen. Da an der Landesgrenze auf der Weißel bereits Eisstand eingetreten ist, sind in der Nähe von Włocławek auf offtem Strom gezogen 100 Holzstrafen ungelöst eingetroffen. Die Hölzer haben einen Wert von vier Millionen Mark und müssen nun aus dem Eis herausgehauen und aus Ufer geschafft werden.

Die bösen Freudesträter. Mit lesen in der „Jugend“: „Ein Unteroffizier läßt aus dem Offen einen Brief an seine Braut, in dem er das Wort Mordechaj anwendet. Der Brief erwähnt die Zeit der Freiheit und wurde dort von einer Hilfsschwester gefunden. Diese Zeit der Freiheit ist die Erfahrung und alte Traditionen haben, besser geeignet sind, die Verteilungsarbeit zu leisten als neu gebildete Schäden, die sich lediglich auf ihre Nutznießer richten. Hoffentlich reicht die Einsicht in den mehreren Kreisen immer weiter um sich, doch muß vielfach die Organisationen nicht aus dem Kerne schütteln kann, sondern allmählich ausbauen muß.

Schiffsschäle. Der „Massboden“ meldet: Der englische Dampfer „Sero“ 1190 Br.-Reg.-Ls. ist gestrandet und vermutlich verloren. Der norwegische Dampfer „General Murthe“ 112 Br.-Reg.-Ls. sank nach einem Zusammenstoß mit einem schwedischen Dampfer.

Ausbruch des Besuchs. Die „Baseler Nachrichten“ melden aus Rom: Am Silvester erfreute sich ein sehr heftiger Besuch in Italien. Die Lava fließt in sehr großer Menge die schneebedeckten Berghänge herunter.

Das Erdbeben in Guatemala. Wie die „Agence Havas“ aus New York meldet, dauren die schrecklichen Erdbeben in Guatemala fort. Mehrere Plünderungen wurden erschaffen. Nach einer Meldung aus San Salvador sind der Bahnhof, die Post, die amerikanische und die englische Gesandtschaft in Guatemala völlig zerstört worden. Die Opfer sind zahlreich. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln. Eine weitere Meldung aus Guatemala besagt, daß das Colon-Theater im Augenblick des Erdbebens mit Zuschauer angefüllt war. Es starben zusammen, wobei es sehr viele Opfer gab. Die Hospitalen, das Irrenhaus und das Gefängnis wurden schwer beschädigt; viele Kräfte und Gefangene fanden dabei den Tod.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Dr. Schwarz. Lind & Meyer & Co.
Ehemalig in Löbau.

Gelebte Raumten des „Volksboten“
dienen wir nicht wegzuerklären, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.